

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über den zweiten Teil der 32. ordentlichen Sitzungsperiode der Versammlung der Westeuropäischen Union vom 1. bis 4. Dezember 1986 in Paris

Während der Tagung vom 1. bis 4. Dezember 1986 erörterte die Versammlung der WEU Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Bericht des Präsidiums der Versammlung

Politische Fragen

- Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Jürgen W. Möllemann (S. 4)
Hierzu sprachen die Abg. Prof. Dr. Soell (S. 4), Berger (Lahnstein) (S. 5), Büchner (Speyer) (S. 5), Antretter (S. 6)
- Erster Teil des 32. Jahresberichtes des Rates der WEU (S. 16)
- Die politischen Aktivitäten des Rates der WEU — Antwort auf den 31. Jahresbericht des Rates. Empfehlung 438 (S. 19)
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Ahrens (S. 16), Antretter (S. 18)
- Ansprache des französischen Premierministers Jacques Chirac (S. 20)
Hierzu sprachen die Abg. Dr. Müller (S. 24), Dr. Ahrens (S. 24), Prof. Dr. Soell (S. 24)
- Die Entwicklung der Sowjetunion und die Ost-West-Beziehungen. Empfehlung 441 (S. 28)

Verteidigung

- Die europäische Sicherheit und der Mittelmeerraum.
Empfehlung 439 (S. 14)
Hierzu sprachen die Abg. Kittelmann (S. 10,13), Dr. Müller (S. 12), Berger (Lahnstein) (S. 13)
- Ansprache des luxemburgischen Verteidigungsministers Marc Fischbach (S. 26)
Hierzu sprach Abg. Dr. Ahrens (S. 26)
- Ansprache des britischen Staatsministers für das militärische Beschaffungswesen, Lord Trefgarne (S. 26)
Hierzu sprach Abg. Dr. Ahrens (S. 26)
- Ansprache des italienischen Verteidigungsministers Giovanni Spadolini (S. 26)
Hierzu sprachen die Abg. Kittelmann (S. 26), Dr. Ahrens (S. 27)

Wissenschaft, Technologie und Raumfahrt

- Die europäischen Hubschrauber der neunziger Jahre.
Empfehlung 440 (S. 25)

Haushalt

- Haushaltsrechnung der Versammlung für 1985
- Nachtragshaushalt der Versammlung für 1986
- Haushaltsplan der Versammlung für 1987.

(Gemeinsame Aussprache über die vom Ausschuß für Haushalts- und Verwaltungsfragen vorgelegten Berichte)

Hierzu sprach Abg. Dr. Frhr. Spies von Büllersheim (S. 15)

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

- Die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit. Entschließung 75 (S. 28)
Hierzu sprach Abg. Dr. Enders (S. 27)

Die Reden und Fragen der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten sind zusammengefaßt wiedergegeben.

Weitere Ansprachen hielten der Generalsekretär der NATO, Lord Carrington (S. 6), der amtierende Vorsitzende des Rates der WEU, der luxemburgische Außenminister Jacques Poos, sowie der Generalsekretär der WEU, Cahen.

An der Tagung nahmen Beobachter aus Dänemark, Spanien, Griechenland, Norwegen und der Türkei teil.

Bonn, den 9. Dezember 1986

Dr. Karl Ahrens

Wilfried Böhm (Melsungen)

Sprecher

Stellvertretender Sprecher

1. bis 4. Dezember 1986

Tagesordnungspunkt:

Tätigkeitsbericht des Präsidialausschusses

(Drucksache 1083)

Berichtersteller: Abg. Goerens (Luxemburg)

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des Staatsministers
im Auswärtigen Amt
der Bundesrepublik Deutschland,
Jürgen W. Möllemann***(Der ursprünglich vorgesehene Redetext wurde verteilt, s. Anhang)**(Themen: Bedeutung des Treffens von Reykjavik; Null-Lösung; Offensiv-, Defensiv- und Weltraumssysteme; chemische Waffen)*

Staatsminister **Möllemann** (Bundesrepublik Deutschland): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor einem Jahr das letzte Mal hier war, waren viele von Ihnen traurig darüber, daß so wenige Minister hierher kommen. Jetzt sind so viele von Ihnen traurig, daß so viele Minister hierher kommen. Ich beglückwünsche Sie zu dieser qualitativen Verbesserung der Trauer. Ich möchte aber auf die Petita der Kollegen, die hier vorgetragen worden sind, ganz ernsthaft eingehen und folgendes sagen: Die Rede, die ich vor Ihnen halten wollte, wird soeben verteilt, so daß ich sie hier nicht vorzutragen brauche. Wenn Sie mögen, können Sie sie nachlesen. Damit wir genau das tun können, was hier gewünscht wird, nämlich Fragen zu erörtern, will ich mich auf vier Bemerkungen beschränken, die Sie in der verteilten Rede etwas ausführlicher dargestellt finden.

Erstens: Wir sollten uns im Ost-West-Verhältnis nach **Reykjavik** nicht die Chance nehmen lassen, herauszufinden, ob die proklamierten Zielvorstellungen von Generalsekretär Gorbatschow, ob das von ihm sogenannte neue Denken tatsächlich die Chance zu einem kooperativeren Verhältnis zwischen West und Ost in allen Bereichen ermöglicht. Wir müssen mit aller Sorgfalt versuchen, das herauszufinden. Wir sollten uns nachher nicht den Vorwurf machen müssen, eine Chance vertan zu haben.

Zweitens: Das bedeutet, daß wir die Ergebnisse und Ansätze für Ergebnisse von Reykjavik zwar behutsam, aber doch positiv als Chance für künftige, weitergehende und konkretere Ergebnisse — sprich: Ergebnisse, die man in Vereinbarungen festlegt — bewerten sollten. Das gilt, was die Bundesregierung angeht — ich bin froh darüber, daß das wohl überwiegend für uns alle gilt, jedenfalls für die Regie-

rungen, die in Luxemburg zusammen waren —, in besonderer Weise für unser Anliegen, die in Reykjavik in greifbare Nähe gerückte **Null-Lösung** bei Mittelstreckenraketen zu verwirklichen. Wir würden das als ausgesprochen positiv, als eine Verbesserung der Sicherheitssituation und nicht etwa als eine Schwächung empfinden.

Drittens: Ich glaube, daß Reykjavik die Bedeutung der Erklärung unterstrichen hat, die der damalige sowjetische Außenminister und sein amerikanischer Kollege am 8. Januar 1985 zum Verhältnis zwischen Offensiv- und Defensivsystemen formuliert haben. Sie haben damals gesagt, daß man für **Offensivsysteme**, strategische Offensivsysteme wie für mögliche **Defensivsysteme**, auch **Weltraumssysteme**, eine kooperative Lösung suchen müsse und daß es dabei darum gehen müsse, ein Wettrüsten im Weltall zu vermeiden und das auf der Erde zu beenden. Das bedeutet natürlich, daß auch die Weltraumssysteme — so wie alle anderen Bereiche auch: die konventionelle, die taktisch-nukleare, die strategische, die Mittelstrecken-Ebene — Gegenstand von Verhandlungen sein müssen und daß Art und Umfang von Weltraumsystemplanungen in direkter Abhängigkeit von möglichen Ergebnissen bei den Verhandlungen über die strategischen Offensivsysteme stehen. Sprich: Je weniger man davon hat, desto weniger braucht man — im Idealfall gar nicht — Defensivsysteme im All.

Die vierte und letzte Bemerkung — alles das finden Sie, wie gesagt, in ausführlicherer Form in der verteilten Rede — bezieht sich auf die chemischen Waffen. Meine Damen und Herren, wir sind uns natürlich darüber im klaren, daß das konventionelle Ungleichgewicht und die Situation bei den **chemischen Waffen** im Blick auf mögliche Vereinbarungen über Mittelstreckensysteme, über Offensivsysteme nuklearer Art bedeutsamer werden. Aber ich möchte auch keine Zweifel daran lassen, daß wir nach dem Stand der Verhandlungen über chemische Waffen heute die große Chance haben, diese Geißel der Menschheit vollends zu beseitigen. Auf der Grundlage des britischen Entwurfs sollte sich hier eine Einigung zwischen allen Verhandlungspartnern erreichen lassen. Wir würden das sehr begrüßen.

So, das waren die Kernpunkte, die ich Ihnen vortragen wollte. So habe ich Ihre Geduld nicht überstrapaziert und zudem einen Kompromiß zwischen dem Petikum des sich im Moment bei einem Kaffee erholenden britischen Kollegen und dem gefunden, was ich vorhatte. Ich bin jetzt gerne bereit, auf Ihre Fragen zur Sicherheitspolitik oder zu anderen Bereichen einzugehen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Staatsminister, werter Kollege Möllemann, Sie haben dem Sinne nach ausgeführt, daß Fortschritte in einem Bereich der Rüstungskontrolle nicht zur Belastung bei Fortschritt-

ten in anderen, sachlich damit nicht zusammenhängenden Bereichen werden sollten.

Ich möchte Sie fragen, was Sie von Versuchen halten, Verhandlungen, möglicherweise erfolgreiche **Verhandlungen über die Reduzierung von Mittelstreckenraketen** mit Argumenten zu belasten, daß zur gleichen Zeit sowohl die Kurzstreckenwaffen beseitigt werden müßten als auch das konventionelle Ungleichgewicht, das in Mitteleuropa herrscht, beseitigt werden müsse. Was halten Sie davon?

Staatsminister **Möller** (Bundesrepublik Deutschland): Herr Präsident, Herr Kollege Soell, ich halte mich in dem Punkt strikt an den Doppelbeschluß des Jahres 1979. Der sieht ausdrücklich vor, daß ein entstandenes Ungleichgewicht im Bereich der Mittelstreckenwaffen beseitigt werden müsse: Im Idealfall durch Verhandlungen, für den Fall, daß diese kein Ergebnis brächten — das trat ja dann auch ein —, durch eigene Nachrüstungsmaßnahmen mit Pershings und Cruise-Missiles. In diesem Beschluß ist die Rede von der Notwendigkeit, Obergrenzen nicht nur bei den weitreichenden Mittelstreckensystemen, sondern auch bei den Mittelstreckensystemen kürzerer Reichweite einzuführen. Aber in diesem Beschluß ist nicht die Rede von der konventionellen Disparität. Just das meine ich mit der Formulierung, man dürfe Fortschritte, die in einem Bereich möglich sind, nicht in einer unsachgemäßen Weise an vorherige Ergebnisse in anderen Bereichen binden. Wir würden das Vertrauen der Bevölkerung — jedenfalls in unserem Land — verspielen — sie hat darauf gesetzt, daß wir den Wortlaut des Doppelbeschlusses ernst nehmen —, wollten wir auf diese Weise von ihm abrücken. Die Bundesregierung wird dies nicht tun.

Berger (Lahnstein) (CDU/CSU): Herr Minister, in Ergänzung zu dem, was Sie eben ausführten, möchte ich doch noch einmal zu meiner eigenen Gewißheit nachfragen: Wir verstehen uns wohl dahingehend, daß dann, wenn etwa die atomaren Waffen an Bedeutung verlieren, wenn wir im Bereich der Mittelstreckenwaffen als einer Waffenkategorie etwa zur Null-Lösung kommen und es im Bereich der strategischen Systeme zu sehr tiefen Einschnitten kommt, natürlich das **konventionelle Ungleichgewicht** an Bedeutung gewinnt und daß wir unsere Politik darauf richten müssen, dieses konventionelle Ungleichgewicht zur Sicherheit Westeuropas und des Bündnisses auch zu beseitigen?

Ich möchte aber gerne noch eine zweite Frage anknüpfen. Ist es ebenfalls die Auffassung der Bundesregierung — gerade im Lichte der Erfahrungen von Reykjavik —, daß wir in der Westeuropäischen Union alles tun müssen, um eine **gemeinsame Abrüstungspolitische Konzeption** zu erarbeiten, damit diese dann auch im Bündnis gemeinsam vertreten und durchgesetzt werden kann?

Staatsminister **Möller** (Bundesrepublik Deutschland): Die zweite Frage, Herr Präsident,

kann ich kurz mit Ja beantworten. Natürlich müssen wir uns unter uns Europäern nicht nur in der Verteidigungspolitik verständigen, sondern auch in der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik. Nur dann werden wir mit unseren Vorschlägen auch gebührend Einfluß nehmen können bei der Willensbildung im Bündnis und damit dann auch auf die andere Seite. Das ist sicherlich auch der Zweck von Erörterungen, wie sie jetzt hier stattfinden.

Zur ersten Frage: Natürlich mißt sich die Funktion von Nuklearwaffen in der gegebenen Lage nicht nur am Hauptziel der Kriegsverhinderung durch Abschreckung, sondern im Blick auf ihre Notwendigkeit auch an der bestehenden konventionellen Disparität. Nur, finde ich, täten wir in unserer Argumentation des Guten zuviel, wollten wir angesichts der Hoffnung, daß vielleicht binnen fünf Jahren 50% der strategischen Systeme abgebaut werden könnten — eine Hoffnung, mehr ist es ja nicht —, und angesichts der Überlegung, daß es dann nach zehn Jahren zu einem weiteren gravierenden Abbau kommen könnte, so tun, als hätten wir schon eine Welt ohne Atomwaffen in erreichbarer Nähe, als wäre das konventionelle Potential allein noch da. Nein, ich glaube, es ist richtig, die Chance, jetzt mit dem Abbau der atomaren Waffen zu beginnen, zu nutzen und parallel dazu, wie es vorgesehen ist, über die anderen Bereiche zu verhandeln. Dabei befinden wir uns im Moment in einer etwas schwierigen Phase der Willensbildung: in welchem Rahmen, mit welcher geographischen Begrenzung und welcher Kooperation oder in welchem Verhältnis zu den Neutralen und nicht Gebundenen die Verhandlungen über einen Abbau der konventionellen Rüstung in Europa geführt werden sollen. Ich glaube, man geht nicht zu weit, wenn man sagt, daß es wohl keinen Dualismus geben kann zwischen weiteren zehn Jahren MBFR und dann parallel dazu einer neuen Konferenz — die etwa von der KSZE ein Mandat erhielte — über Abrüstung in Europa, an der sich die beiden Bündnissysteme beteiligen, an der sich Frankreich beteiligen muß, wenn das Sinn machen sollte und in gewisser Weise ein Interventions- oder Konsultationsmechanismus gegenüber den Neutralen und nicht Gebundenen entstehen soll.

Diese Fragen sind im Moment nicht geklärt. Aber es wird in diesem Bereich wie bisher schon parallele Bemühungen geben müssen.

Büchner (Speyer) (SPD): Herr Staatsminister, weil Sie empfohlen haben, nicht wie die Katze um den heißen Brei herumzureden, gleichwohl aber von einer Disparität sowohl vorher bei den Mittelstreckenwaffen als auch jetzt bei den konventionellen Waffen gesprochen haben, möchte ich Ihnen, bevor Sie nun Ihren Kaffee trinken gehen, schnell noch die Frage stellen: Wenn nun die Verhandlungen über die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen entgegen Ihren offensichtlichen Erwartungen doch zu einem Ergebnis führen sollten, wenn also das Zeug in Ost und West wekommt, schätzt die Bundesregierung dann das **Ungleichgewicht im konventio-**

nellen Bereich als so gravierend ein, daß sie über Initiativen zu einer Nachrüstung nachdenkt? Steht uns eine neue Nachrüstung ins Haus?

Staatsminister **Möllemann** (Bundesrepublik Deutschland): Wir beraten in unserem nationalen Parlament — vorgelegt im zuständigen Ausschuß und regelmäßig fortgeschrieben — die Streitkräfteplanung und die Rüstungsplanung. Diese Planungen, die den sachkundigen Kollegen bekannt sind, werden entsprechend den vom Parlament getroffenen Beschlüssen durchgeführt. Sie beziehen sich bereits auf die Notwendigkeit, unsere konventionelle Kampfkraft zu verbessern und die bestehende Ungleichgewichtigkeit auszugleichen. Ähnliche Bemühungen gibt es auf der Ebene der WEU. Sie debattieren ja hier seit geraumer Zeit darüber, was durch eine verstärkte Kooperation zwischen den Europäern im Bereich der Rüstungsproduktion, der Rüstungsplanung und der Standardisierung getan werden kann, um das konventionelle Ungleichgewicht auszugleichen, und das ist auch notwendig.

In dem Text, der Ihnen vorliegt, finden Sie den Gedanken, den ich jetzt noch einmal mit einem Satz ansprechen will: Wir ziehen es natürlich vor, das Ungleichgewicht, das im konventionellen Bereich besteht, durch konkrete Ergebnisse von Abrüstungsverhandlungen abzubauen, aber genauso klar sagen wir: Rüstungskontrollvereinbarungen haben sich in ihrem Ergebnis und in jedem einzelnen Schritt an unseren Sicherheitsinteressen zu orientieren, und wenn sie nicht zustande kommen, werden wir das tun, was notwendig ist, um unsere Sicherheit zu gewährleisten. Nur bedarf es dazu nicht irgendwelcher neuen Nachrüstungsbeschlüsse, sondern der Umsetzung der vom Parlament beschlossenen Heeres- und Rüstungsplanung.

Antretter (SPD): Herr Staatsminister, vor dem Hintergrund dessen, was Sie soeben gesagt haben — und dem stimme ich zu —, möchte ich auf eine Äußerung zu sprechen kommen, die Sie in Ihrer schriftlich verteilten Rede gemacht haben. Sie haben dort nämlich gesagt, die Bundesregierung sei an der **Einhaltung des SALT-Abkommens** interessiert. Wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund die jüngste Grenzüberschreitung der Vereinigten Staaten durch die Indienstellung des 131. B-52-Bombers mit Cruise Missiles?

Staatsminister **Möllemann** (Bundesrepublik Deutschland): Ich glaube, daß die aktuelle Entwicklung — die diese Entscheidung der amerikanischen Regierung einschließt — es um so dringlicher macht, daß wir zu Reduzierungsvereinbarungen kommen, die das bestehende Abkommen, das ja nicht ratifiziert worden ist, ersetzen, und zwar diesmal nicht, indem Obergrenzen festgelegt werden, bis zu denen Potentiale angehäuft werden können, sondern im Sinne von Reykjavik durch Vereinbarungen von Obergrenzen, auf die herunter abgerüstet werden muß. Das scheint mir wichtiger zu sein, als mich jetzt mit einer Einzelentscheidung noch weiter auseinanderzusetzen.

Tagungsordnungspunkt:

Ansprache des Generalsekretärs der NATO, Lord Carrington (Vereinigtes Königreich)

Themen: Reaktivierung der WEU und Öffentlichkeit; WEU und NATO; Rüstungszusammenarbeit; Lastenverteilung; Gipfeltreffen von Reykjavik; Ungleichgewicht im konventionellen Bereich; Rüstungskosten; chemische Waffen)

Lord Carrington (Generalsekretär der NATO): Zunächst einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich mich herzlich für die Ehre bedanken, von Ihnen hierher eingeladen worden zu sein. Gleichzeitig muß ich mich aber auch entschuldigen, denn Sie haben mich gebeten, zwischen 16.30 und 17.30 Uhr hier zu sein, aber ich habe noch einen anderen Termin vereinbart, der bereits um 17.30 Uhr beginnt, so daß wir für Fragen nicht sehr viel Zeit haben werden. Ich werde mich jedoch bemühen, möglichst viel in möglichst kurzer Zeit anzusprechen.

Manchmal glaube ich, daß man diejenigen unter uns, die regelmäßig bei Anlässen wie diesem vertreten sind, schon eher mit passionierten Anglern vergleichen könnte, die man unter grünen Schirmen am Flußufer, an Kanälen und Seen sitzen sieht, und das bei Wind und Wetter. Wie Sie, müssen sie lange Zeiten überbrücken, in denen sich nichts tut, nur in der Hoffnung auf den seltenen Augenblick der Spannung. Und wie es scheint, genießen sie es. Ich werde also mein Bestes tun, um Ihnen, wenn auch nicht einen Genuß zu bereiten, so doch zumindest etwas Anregung zum Nachdenken zu geben.

Wenn jetzt eine Meinungsumfrage in den sieben Mitgliedstaaten der WEU durchgeführt würde, in der man den Mann auf der Straße fragte, was er über die großen Organisationen weiß, die in Europa im Verlauf der vergangenen 40 Jahre errichtet wurden und die die Länder miteinander verbinden sollen, würden vermutlich die meisten Leute zunächst einmal an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft denken. Es ist immer so, zumindest in Friedenszeiten, daß Männer und Frauen zunächst einmal daran denken, wie gut es ihnen im Vergleich zu ihren Nachbarn geht und wie es um ihren gegenwärtigen Lebensstandard im Vergleich zu früheren Jahren bestellt ist. Butterberge und Weinseen sind der Stoff für die Schlagzeilen der Boulevard-Zeitungen und die Ursachen für die Kopfschmerzen der Schatzmeister.

Ich wage zu vermuten, daß die NATO im Bekanntheitsgrad der Organisationen wahrscheinlich an zweiter Stelle liegt, wenn auch nur deswegen, weil in ziemlich regelmäßigen Abständen lautstarke Minderheiten gegen etwas protestieren oder sich über etwas beschweren, was die NATO getan hat, hätte tun sollen oder nicht getan hat. So unfair es auch erscheinen mag, so bin ich doch ziemlich sicher, daß die **WEU in der Öffentlichkeit** weitaus weniger zur Kenntnis genommen wird und auch weniger bekannt ist. Zweifellos ist das schade, obwohl es nicht unbedingt eine Katastrophe ist, denn bei denjenigen, die sich mit Politik befassen, beson-

ders mit Verteidigungspolitik, ist die WEU bestens bekannt und hoch geachtet. In den letzten Jahren, unter der tatkräftigen und energischen Führung von Alfred Cahen, wurden größere Anstrengungen unternommen, um durch die **Reaktivierung der WEU** so etwas herzustellen, was man als eine europäische Identität bezeichnen könnte, die auf einer gemeinsamen Verteidigung beruht.

Schließlich sind wir Europäer, und in erster Linie ist es die Verteidigung Europas, mit der wir uns befassen. Wenn man das unter jenem Begriff der europäischen Identität versteht, so bin ich sehr dafür. Es wäre nicht nur für Westeuropa, sondern auch für das Bündnis insgesamt eine Schwachstelle, wenn unsere Verteidigungsanstrengungen von der Öffentlichkeit nicht als wesentliches Element unserer eigenen Sicherheit aufgefaßt würden, sondern als Tribut an eine überkommene, beinahe mystische Schicksalsgemeinschaft. Anstrengungen, die als nationale Verteidigungsanstrengungen erkannt werden, besitzen eine Unmittelbarkeit, wie ihn ein einfacher Beitrag zur NATO eben nicht hat. Wir Europäer, die wir so viele unserer Hoffnungen auf die Zukunft einer Gemeinschaft gesetzt haben, die keine Zuständigkeit für die Verteidigung besitzt, müssen uns ganz besonders der Gefahr bewußt sein, daß Verteidigungsbedürfnisse von den zwölf Mitgliedern dieser Gemeinschaft als zweitrangig betrachtet werden können.

Ich hoffe, daß ich, nachdem ich dies gesagt habe, meine Glaubwürdigkeit als Befürworter der Nützlichkeit der WEU ausreichend unter Beweis gestellt habe. Nach meiner Ansicht liegt die primäre Bedeutung dieser Organisation in der **Verpflichtung**, auf der sie aufgebaut wurde. Diese Verpflichtung, die **im Brüsseler Vertrag** niedergelegt wurde, verlangt, daß: „Sollte einer der hohen vertragschließenden Teile das Ziel eines bewaffneten Angriffs werden, müssen ihm die anderen Parteien alles in ihrer Macht stehende militärische und sonstige Hilfe und Unterstützung leisten“.

Dies ist eine viel verbindlichere Verpflichtung als die des **Nordatlantikvertrages**. Durch sie werden die sieben Staaten sehr eng miteinander verbunden. Ich glaube deshalb, daß Sie einen großen Beitrag zur Verteidigungszusammenarbeit innerhalb Europas und über den Atlantik hinweg leisten können.

Einige Leute verwenden viel Zeit damit, neue institutionelle Strukturen zur Verbesserung unserer Anstrengungen zu verlangen. Man kann schwerlich leugnen, daß diejenigen, die wir zur Zeit besitzen, nicht gerade ideal sind. Von den europäischen Mitgliedern der NATO sind die Franzosen nicht Mitglieder in der **Eurogroup**. Der Prozeß der politischen Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft befaßt sich aus Gründen, die allseits bekannt und völlig verständlich, obwohl nicht unbedingt bewundernswert sind, nicht mit Verteidigungsfragen; und 7 der 14 europäischen Mitgliedstaaten der NATO sind nicht in der WEU vertreten, darunter gerade auch die beiden, die gemeinsame Grenzen mit der Sowjetunion besitzen.

Es gibt keine Möglichkeit, jene Institutionen so zu reformieren und nezugestalten, daß sie ihre eigenen Mängel ausgleichen. Es ist ein viel konstruktiveres Vorgehen, zu versuchen, sie effektiver auf unser gemeinsames Ziel hin zusammenarbeiten zu lassen, d. h. die Stärkung des Beitrags der europäischen Bündnispartner zum transatlantischen Verhältnis, welches den Grundpfeiler unserer Sicherheit bildet. Deshalb lassen Sie mich darauf hinweisen — ich hoffe, Sie halten mich nicht für zu vermessen —, daß es mindestens noch zwei Bereiche gibt, in denen die europäischen Bündnispartner, besonders Sie, die in der WEU vertreten sind, eine Menge tun können, um eine wirksamere, aus der Verteidigung heraus definierte europäische Identität zu fördern — das wäre in erster Linie die Rüstungszusammenarbeit und an zweiter Stelle größere Anstrengungen im Bereich der konventionellen Verteidigung.

Ich muß zugeben, daß ich mir angewöhnt habe, absichtlich — wenn vielleicht auch nicht in besonders ansprechender Weise — meinen Zuhörern regelmäßig und beharrlich Ratschläge in bezug auf die Notwendigkeit einer umfassenderen und besseren **Rüstungszusammenarbeit** zu geben. Ich kann nicht herausfinden, welche Wirkung meine Plädoyers haben, aber ich bin fest davon überzeugt, steter Tropfen höhlt den Stein, und selbst den Granit einiger meiner Kollegen aus Industrie und Politik, die höflich zustimmend nicken und doch nichts unternehmen.

Wir führen uns selbst hinters Licht, wenn wir glauben, wir könnten in Europa militärisches Gerät weiter so herstellen, wie wir es in der Vergangenheit getan haben, wo jedes Land seinen eigenen Weg ging und sich bemühte, zu viel im Alleingang zu tun, mit unzureichenden Mitteln und unter zu großer Berücksichtigung seiner eigenen nationalen Interessen auf Kosten der Prioritäten und Interessen des Bündnisses. Daran hat sich schon einiges gebessert, aber der Stil der Rüstungsproduktion wird immer noch zu sehr beherrscht von Einzelprojekten und -geschäften sowie kleinen Produktionsserien. Meiner Ansicht nach können wir uns das einfach nicht leisten. In fast allen Bereichen unserer zivilen Wirtschaft haben wir im Westen im Vergleich zu den Ostblockländern Hervorragendes vorzuweisen; doch im Bereich der Rüstungsproduktion steht aus ganz offensichtlichen Gründen der Warschauer Pakt besser da als der Westen, und wir im Westen sind diejenigen, die sich erst noch zusammenraufen müssen.

Die Probleme zu beschreiben, ist einfach. Jeder von uns hier kennt den Unsinn mit den unterschiedlichen Panzern im Bündnis, die nicht die gleichen Granaten abfeuern können, oder die unterschiedliche Ausrüstung im Nachrichtenwesen, die teure Zwischensysteme (black boxes) erfordert, bevor Soldaten überhaupt erst einmal in der Lage sind, sich untereinander zu verständigen. Den alten Witz kennen wir alle: das einzig Gleiche an allen NATO-Jeeps oder Mannschaftswagen ist die Luft in den Reifen. Wenn sich die Situation verbessern soll, müssen schwierige Beschlüsse gefaßt werden. Sie

erfordern politische Maßnahmen auf hoher Ebene. An guten Absichten fehlt es nicht. Einige der jüngsten Initiativen auf beiden Seiten des Atlantiks tragen schon Früchte, aber wir haben noch nicht damit begonnen, die wichtigsten Fragen in Angriff zu nehmen. In Europa können wir es uns nicht länger leisten, die Mittel durch eine Aufsplitterung der Anstrengungen zu verschwenden. Es gilt jetzt, unsere Kräfte zu vereinen.

Zum Beispiel — ich hoffe, daß diese Idee nicht zu revolutionär klingt — warum sollte man nicht **europäische Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen**, die **multinational finanziert** und **mit internationalem Personal ausgestattet** werden, in den **Schlüsselbereichen für militärisches Gerät** errichten? Wie wäre es, wenn man eine Industriepolitik für den Verteidigungsbereich entwickeln würde, die diesen Namen auch verdiente, gestützt auf gemeinsame Vorschriften und Verfahren für Erwerb und Beschaffung? Wir können es uns nicht länger leisten, Möglichkeiten der Zusammenarbeit außer acht zu lassen, weil einzelne Nationen nationale, kommerzielle, einseitige und technologische Interessen verfolgen.

Was die **Lastenverteilung** und die **Verbesserung der konventionellen Verteidigung** betrifft, so wissen Sie genauso gut wie ich, wie notwendig es ist, daß die europäischen Bündnispartner mehr tun und dies auch sichtbar machen; aber das Ergebnis der Zwischenwahlen zum Kongreß in den Vereinigten Staaten und die Übernahme des Vorsitzes des Streitkräfte-Ausschusses des Senats durch Senator Nunn werden diese Themen erneut in den Mittelpunkt rücken.

Senator Nunn ist ein eifriger Befürworter der NATO, aber auch ebenso fest überzeugt, daß auf der Seite Europas größere Anstrengungen erforderlich sind. Dies ist kein Thema, das von der Bildfläche verschwinden wird. Rüstungszusammenarbeit und größere Anstrengungen auf europäischer Seite im Verteidigungssektor sind meines Erachtens zwei Bereiche, in denen Sie unter anderem viel für Ihre jeweiligen Mitgliedstaaten und für das Bündnis tun können.

Ich vermute, ich kann in meiner Funktion als Generalsekretär der NATO hier nicht auftreten, ohne etwas über den gegenwärtigen Stand der Ost-West-Beziehungen nach dem **Gipfeltreffen von Reykjavik** zu sagen. Reykjavik wurde, wie die meisten anderen bemerkenswerten Ereignisse in den Ost-West-Beziehungen, fast schon bis zum Überdruß analysiert, und ich möchte nicht auch noch zu den Kommentaren der Rubrik „Was wäre gewesen, wenn“ beitragen.

Wenige von uns, wenn überhaupt jemand, haben mit wirklich substantiellen Ergebnissen gerechnet. Es sollte schließlich ein Gipfel zur Vorbereitung eines Gipfeltreffens sein, der nicht als möglicher Durchbruch für ein umfassendes neues Rüstungskontrollabkommen gedacht war; aber die Dinge haben sich ganz anders entwickelt. Es gab Verhandlungen, und auf dem Tisch lagen ernsthafte Vor-

schläge, die weit über das hinausgingen, was bislang erwogen worden war.

Die erste Reaktion vieler Leute auf die Nachricht von dem Fehlschlag der Gespräche war tiefe Enttäuschung, aber die nähere Prüfung hat gezeigt, wie weit beide Seiten vorangekommen waren und welches die Bereiche sind, in denen es Übereinstimmung gibt. Man sprach von Themen, deren Erörterung man noch einige Monate zuvor als hoffnungslos visionär bezeichnet hatte. Es schien, als ob die Barriere, die einen Fortschritt so lange blockiert hatte, nun endlich aus dem Weg geräumt werden könnte.

Nachdem nun einige Wochen vergangen sind, können die Folgen von Reykjavik in einer wesentlich ruhigeren Atmosphäre betrachtet werden. Wir hatten alle Zeit, über diese beiden bedeutenden Tage nachzudenken. Die Reaktionen fielen unterschiedlich aus. Einige Amerikaner waren überrascht, daß die Europäer, die, wie es ihnen erschien, mit ihrer Unterstützung für die amerikanischen Nuklearwaffen in Europa sehr gezögert hatten, jetzt plötzlich der Meinung sein sollten, daß der Vorschlag, diese abzugeben, sie einer Gefahr aussetzen könnte. Einige Europäer waren andererseits überrascht darüber, daß die Amerikaner sich — so wie sie es sahen — so weit und so schnell nach vorne gewagt hatten und kritisierten damit auch einen Mangel an Konsultationen. Der letzte Punkt ist meines Erachtens unfair. Am Tag vor dem Treffen in Reykjavik unterrichteten die Botschafter Nitze und Ridgeway den Nordatlantikat. Es war klar, daß derartige Verhandlungen, wie sie dann schließlich stattfanden, nicht erwartet worden waren. Es muß aber ebenso klar sein, daß es angesichts der Vorschläge, die zu Beginn der Gespräche in Reykjavik vorgelegt wurden, für die Amerikaner unmöglich gewesen wäre, nicht in ernsthaften Gesprächen darauf einzugehen. Sofort nach Abschluß der Gespräche kam Außenminister Shultz nach Brüssel, um die Verbündeten abschließend zu unterrichten und zu konsultieren. Es kann also wirklich keine Beschwerde darüber geben, daß die Amerikaner versucht hätten, die europäischen Verbündeten im Ungewissen zu lassen.

Die meisten von uns waren überrascht über das, was als vereinbarte Elemente für ein mögliches zukünftiges Verhandlungspaket oder — für die etwas vorsichtigeren Geister ausgedrückt — zumindest als Umrisse eines solchen Pakets zutage trat. Die Erkenntnis wuchs, daß die Führer der beiden Supermächte in der Frage des Abbaus der ballistischen Flugkörper und der nuklearen Mittelstreckensysteme einander nähergekommen waren oder zumindest ernsthaft darüber gesprochen hatten. Und die Politiker und Diplomaten in Westeuropa begannen, die Konsequenzen einer solchen Möglichkeit zu erörtern.

Ein Weiteres: Selbst wenn Rahmenabkommen unterzeichnet worden wären, hätte es noch vieler Monate geduldigen Handelns bedurft. Verifikation — der Schlüssel zur Vertrauensbildung — wurde in

den Gesprächen kaum erwähnt, und Probleme zu friedienstellender Verifikation bringen in einer geschlossenen Gesellschaft wie der der Sowjetunion Schwierigkeiten mit sich. Wir mußten einen langen Weg zurücklegen, bevor die Bedingungen, unter denen die Amerikaner ihre Vorschläge gemacht hatten, erfüllt werden konnten.

Einige der in Reykjavik vorgelegten Vorschläge könnten in der Tat verwirklicht werden. Ich hoffe das. Wenn die Sowjets von dem **Junktim mit SDI** Abstand nehmen, gibt es keinen Grund, warum ein zufriedenstellendes **INF-Abkommen** nicht zustande kommen sollte. Und es läge auch nicht im Bereich des Unvorstellbaren, sich — nachdem man eine Lösung für die Verifikationsschwierigkeiten gefunden hätte — über eine 50%ige Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen zu einigen, aber das bleibt noch abzuwarten.

Unabhängig davon, ob wir in diesen beiden Bereichen Fortschritte erreichen, haben sich in der Folge von Reykjavik drei wichtige Dinge ereignet. Zunächst einmal haben Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow jetzt das zweite Mal die Gelegenheit gehabt, direkte Verhandlungen am selben Tisch zu führen. Sie werden daraus gelernt haben, wie sie miteinander umzugehen haben, und das kann nur gut sein. Zum anderen hat die Vorstellung der Öffentlichkeit sich durch die Erkenntnis geändert, daß radikale nukleare Abrüstung wirklich möglich ist. Das wird von nun ab einen größeren Einfluß auf die Führung der Diskussion haben. Nehmen Sie zum Beispiel nur einmal die Art, in der diejenigen, die eine atomare Abrüstung befürworten, jetzt die in Reykjavik greifbar nahegerückten Vereinbarungen als Beweis dafür zitieren, daß sie einfach schon immer recht gehabt hätten. Die bloße Tatsache, daß solche radikalen Vorschläge gemacht wurden, bedeutet, daß die Strategie der Verbündeten in Zukunft in einem ganz anderen Licht gesehen wird.

Eine der wichtigsten Folgen von Reykjavik besteht darin, das Bündnis an das Verhältnis zwischen den nuklearen und konventionellen Komponenten unserer Verteidigung zu erinnern. Insbesondere wurde auf das aufmerksam gemacht, was man vielleicht als den wunden Punkt der NATO bezeichnen kann: Das **Ungleichgewicht zwischen den konventionellen Streitkräften der Allianz und denen des Warschauer Paktes**. Und sollten die Nachwirkungen von Reykjavik Fortschritte bei der Reduzierung der nuklearen Arsenale ermöglichen, wird dadurch die Notwendigkeit paralleler Fortschritte beim Abbau der Disparität in der konventionellen Verteidigung noch dringender.

Als ich vor ungefähr einer Woche vor den Vertretern der **atlantischen Institute** sprach, habe ich darauf hingewiesen, daß der konventionelle Abrüstungsprozeß voraussichtlich viel komplexer und schwieriger sein wird als der der nuklearen Abrüstung. Bei den **MBFR-Gesprächen**, die man vergleichsweise als ziemlich einfach bezeichnen könnte, war in den vergangenen 13 Jahren wenig Fortschritt zu verzeichnen. Das heißt aber nicht, daß wir nicht alles daran setzen sollten, das Problem zu

lösen und noch mehr zu tun, als wir schon in der Vergangenheit getan haben. Das Bündnis kann sich nicht einerseits über das konventionelle Ungleichgewicht beklagen und andererseits nichts für dessen Reduzierung tun.

Es ist möglich, daß Gorbatschow wirklich daran interessiert ist, Mittel für die **Wiederbelebung der sowjetischen Wirtschaft** freizusetzen. Die konventionellen Streitkräfte mit ihrem Bedarf an Personal und Gerät, der einen großen Teil der militärischen Ausgaben auf beiden Seiten verschlingt, würden hierzu einen ausgezeichneten Ansatz bieten. Auf unserer Seite werden schon Vorbereitungen in der **High-Level-Arbeitsgruppe** unter dem Vorsitz von Botschafter Guidi getroffen. Ich weiß nicht, was bei der Arbeit dieser Gruppe herauskommen wird. Sie berichtet dem Ministerrat der NATO am 11. Dezember und beschäftigt sich intensiv mit dem Kern eines Problems, das zunehmend wichtiger und dringender wird.

Zur Zeit muß das Bündnis weiter daran festhalten, daß neben einer Reihe von nuklearen Systemen auch konventionelle Waffen für die Abschreckung zur Verfügung stehen. Es gibt kaum Alternativen, wenn wir uns die ständigen Verbesserungen und Erweiterungen der bereits überwältigend starken konventionellen Streitkräfte der sowjetischen Seite ansehen. Angesichts dieser Lage ist unsere Strategie der Vorverteidigung und der flexiblen Antwort die einzige Strategie, die uns bleibt.

Gleichzeitig müssen die Regierungen der Bündnisländer sich an ihr Versprechen halten, ihre konventionellen Streitkräfte zu verbessern. Konventionelle Streitkräfte kosten eine Menge Geld. Zu einer Zeit, in der den Regierungen mehr als genug Mittelanforderungen vorliegen, hat die Mittelbereitstellung für die Streitkräfte — leider — nicht immer die Priorität, die manche von uns, die mit der Verteidigung befaßt sind, sich wünschen. Noch sind paradoxerweise diejenigen, die am meisten über die nuklearen Waffen besorgt sind, bereit, den logischen Schluß zu vollziehen, daß mehr für die konventionelle Verteidigung ausgegeben werden muß. Nukleare Verteidigung ist eine billige Verteidigungslösung, besonders, wenn die nuklearen Waffen von Amerika kommen; aber wir müssen auch sehen, daß wir nicht alle Mittel, die wir benötigen, bekommen werden. Wir haben deshalb den praktischen Weg gewählt und bemühen uns, unsere Anstrengungen auf diejenigen Gebiete zu konzentrieren, die am wichtigsten sind, Gebiete, auf denen es gefährliche Mängel gibt und auf denen besondere Anstrengungen sich am meisten für unsere gemeinsame Verteidigung auszahlen werden.

Ich hoffe, daß das, was wir bei den Maßnahmen zur Verbesserung der konventionellen Verteidigung (**CDI**) tun, die Verteidigungsminister ermutigen wird, nachhaltigere Anstrengungen in der langfristigen Planung und der Nutzung neuer Technologien zu unternehmen. Nichts davon wird dramatische Veränderungen herbeiführen. Aber es trägt dazu bei, unsere gemeinsame Anstrengung deutlich zu machen.

Ich würde Sie hinters Licht führen, wenn ich jemals erklärte, ich sei der Ansicht, konventionelle oder nukleare Abschreckung sei billig zu haben. Die Rüstungskosten steigen ständig; deshalb haben die NATO-Minister die Zielvorgabe eines jährlichen realen **Wachstums von 3%** akzeptiert. Was immer wir auch durch Rüstungszusammenarbeit und Leistungsverbesserung erreichen, die von uns in den neunziger Jahren benötigte Kapazität wird immer noch sehr teuer sein. Nur zwei WEU-Mitgliedstaaten haben Pläne für ein Wachstum von ungefähr 3% bekanntgegeben. Die übrigen, einige von ihnen nach bemerkenswerten Anstrengungen, mit denen Gerät, Einsatzbereitschaft und Durchhaltevermögen verbessert wurden, haben diese Absicht aufgegeben. Ich muß Sie warnen, daß wir gerade jetzt, wo wir von den Anstrengungen der Vergangenheit profitieren, ein gefährliches Vermächtnis der Nachlässigkeit für unsere Nachfolger und die Völker Westeuropas hinterlassen, wenn wir so weitermachen. Natürlich ist es kostspielig; natürlich bedeutet es Belastungen für den Steuerzahler; aber der Preis des Versagens drückt sich nicht nur in Zahlen aus. Die Grundfundamente unserer Gesellschaft und der Welt, in der wir seit 40 Jahren in Frieden und in einem beispiellosen Wohlstand leben, werden dadurch angegriffen. Es liegt an uns, den Parlamentariern, Gesetzgebern und führenden Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit, unseren Mitbürgern und Mitbürgerinnen das begreiflich zu machen.

Ein abschließendes Wort noch zur Rüstungskontrolle. Der Abschluß der **Stockholmer Konferenz** war gekennzeichnet durch das Zustandekommen des ersten multilateralen Sicherheitsabkommens seit 1975. Damit haben wir zwar nicht alles, was wir wollten, erreicht, aber es war eine beachtliche Verbesserung der Maßnahmen, die in der Schlußakte von Helsinki vom Jahr 1975 festgeschrieben worden waren, besonders durch ein Heruntersetzen der Schwellen für die Ankündigung und Beobachtung von militärischen Aktivitäten und auch — obwohl in gewissem Maße unzureichend — für die Inspektion vor Ort. Die Miteinbeziehung des gesamten europäischen Teils der Sowjetunion ist ein weiterer wichtiger Punkt. Insgesamt war es ein Schritt nach vorne. Wenn ordnungsgemäß ausgeführt, führen die Ergebnisse von Stockholm zu mehr Offenheit, und sie eröffnen Möglichkeiten weitergehender Schritte.

Auch bei den **chemischen Waffen** zeichnen sich Fortschritte ab. Ich hoffe, daß sie nach der ermutigenden Rede von Herrn Schewardnadse in Wien zustandekommen werden.

Natürlich ist der Fortschritt im konventionellen Bereich weitaus weniger beeindruckend, und in der Tat gab es leider auch einen Rückfall bei den MBFR-Gesprächen im Bereich der Verifizierung. Aber trotzdem können wir, wenn wird jetzt, kurz vor Beginn des neuen Jahres, auf 1986 zurückblicken, sicherlich sagen, das wir ein ereignisreiches Jahr hinter uns haben. Es ist schon lange her, daß es soviel Bewegung im Verhältnis zwischen den beiden Blöcken gegeben hat. Zum Beispiel wird Reykjavik zwangsläufig zu neuen Vorstellungen führen,

mit denen man sich auseinandersetzen muß, zum Beispiel die Bereitschaft auf sowjetischer Seite, Themen zu erörtern, die früher als nicht diskussionsfähig galten, und, was vielleicht am wichtigsten in den vergangenen zwölf Monaten war, daß das Bündnis stark und geschlossen dasteht, nicht so stark, wie wir es gerne hätten, aber stark genug, um einen möglichen Angreifer abzuschrecken, dazu auch geschlossen, trotz vieler Versuche, einen Keil zwischen uns zu treiben. Unsere Stärke und unser Zusammenhalt veranlassen die sowjetischen Führer, sich ernsthaft mit uns am Verhandlungstisch auseinanderzusetzen. Sie sind Realisten. Sie brauchen sich nicht um die Meinung der Parlamentarier und der Öffentlichkeit zu kümmern; sie ziehen Konzeptionen erst dann in Erwägung, wenn sie erkennen, daß sie den Preis nicht dadurch gewinnen können, daß sie einfach darauf warten, daß er ihnen in den Schoß fällt.

Es ist die Pflicht des Bündnisses — und auch der WEU —, stark vereint und entschlossen zu bleiben, gleichzeitig aber bereit zu sein, Gelegenheiten zu nutzen, nicht nur im Bereich von Rüstungskontrollabkommen und Rüstungsabbau, sondern auch im Bereich des Abbaus von politischen Spannungen zwischen Ost und West und bei der Schaffung stabiler Verhältnisse in einer Welt mit viel zu viel Waffen und viel zu wenig Vertrauen. Wir im Westen sind dazu bereit. Es bleibt zu hoffen, daß der Ostblock auf unsere Bemühungen eingehen wird.

Tagesordnungspunkt:

Die europäische Sicherheit und der Mittelmeerraum

(Drucksache 1073)

Berichterstatter:

Abg. Kittelmann (Bundesrepublik Deutschland)

(Themen: Internationaler Terrorismus; Rolle der Sowjetunion; Forum für die Sicherheit im Mittelmeerraum; Bedrohung der Südflanke; wirtschaftliche Verhältnisse der Südregion)

Kittelmann (CDU/CSU): — Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte bereits die Ehre, am 4. Juni dieses Jahres in diesen Bericht einzuführen. Der Verteidigungsausschuß legt Ihnen heute eine revidierte Fassung vor. Die Versammlung hat sich der Bitte eines einzelnen Delegierten angeschlossen, der darum gebeten hatte, auch darzustellen, welche wichtige Rolle verschiedene westliche Industrieländer als Waffenlieferanten für die Länder des Nahen Ostens spielen. Dieser Bericht ist entsprechend dieser Bitte erstellt worden und im Anhang 6 in den Tabellen A und B angefügt.

Der Verteidigungsausschuß hat darüber hinaus auf meine Bitte zugesagt, demnächst zu diesem Problem einen besonderen, einen ausführlicheren Bericht zu erstellen.

Dem Verteidigungsausschuß lagen drei Änderungsanträge vor. Einer von ihnen ist angenommen wor-

den, jener, in dem **Syrien** neben **Libyen** als Beteiligter am **internationalen Terrorismus** erwähnt wird. Sie nehmen es mir deshalb nicht übel, wenn ich grundsätzlich auf meine Ausführungen im Juni verweise: vor allem deshalb, weil Lagedarstellung und Lagebeurteilung im Vergleich zu den Ausführungen im Juni unverändert gültig sind.

Drei Probleme waren es, die wir ausführlich behandelt haben: die **UdSSR und der Mittelmeerraum**, die **NATO-Länder am Mittelmeer** und die **blockfreien Mittelmeerstaaten**.

Die Tatsache, daß der sowjetische Außenminister Schewardnadse Anfang Juli in einem Schreiben an UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar einen gleichzeitigen Abzug von Seestreitkräften der UdSSR und der USA aus dem Mittelmeer sowie die Einrichtung eines **Forums für die Sicherheit im Mittelmeerraum** vorgeschlagen hat — vermutlich gedacht als eine Neuauflage der **Genfer Nahostkonferenz** —, kann an der grundsätzlichen Bewertung der sowjetischen Nah- und Mittelostpolitik nichts ändern. Nein, das bestätigt im wesentlichen unsere Ansicht, daß sich die Sowjetunion immer stärker bemüht, sich im Mittelmeerraum ein Mitspracherecht zu verschaffen. Allein die geographischen Aspekte des Rückzugsvorschlags lassen diesen als unseriös erscheinen.

Erlauben Sie mir daher, jetzt die beiden wichtigsten Komplexe des Berichtes noch einmal kurz in Erinnerung zu rufen. Die UdSSR nutzt Krisenherde, die sich in der internationalen Arena und insbesondere im Bereich der Dritten Welt entwickelt haben, zielbewußt für ihre Zwecke aus. Das gilt auch für den Nahostkonflikt und die damit verbundenen Energieprobleme der westlichen Industriestaaten, aber ebenso für die offensive **Politik des Islam**, die sich weit über den eigentlichen Krisenherd Iran-Irak in alle Nahost- und nordafrikanischen Länder ausbreitet, um eigene Einflußsphären auszuweiten und die Positionen des Westens zu schwächen, wo immer es ohne eigenes Risiko möglich erscheint. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß das aus der Weltvorstellung der Sowjetunion heraus ein legitimes Mittel ist. Wir müssen nur unsererseits immer darauf achten, das nicht aus dem Auge zu verlieren. Es ist einfach immer zu bedenken, daß der Westen auf die Rohstoff- und Energieressourcen der Länder der Dritten Welt in wesentlich größerem Maße als die UdSSR angewiesen ist.

Die strategische Bedeutung der NATO- Südflanke hat demzufolge in den vergangenen Jahren nicht abgenommen. Bei der sicherheitspolitischen Lagebeurteilung kommt es heute mehr als früher darauf an, den Blick nicht nur auf Mitteleuropa zu richten, sondern auch die Südregion des Alliierten Kommandobereichs Europa zu erfassen.

Vorrangiges westliches Ziel im gesamten AF-SOUTH-Bereich bleibt die Kriegsverhinderung durch Abschreckung. Angesichts der latenten **Herausforderungen im Südflankenbereich** erscheint es angebracht, dieser Region gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Ein besonderes Problem ist: Krisen und Konflikte außerhalb des NATO-Ver-

tragsgebietes strahlen immer mehr in den AF-SOUTH-Bereich hinein. In der Südregion sieht sich der Westen nicht nur mit dem Warschauer Pakt konfrontiert. Einige Mitgliedsländer in der Südregion haben nicht nur eine gemeinsame Grenze mit den Warschauer-Pakt-Staaten, sie grenzen auch an ein Gebiet mit regionalen Konflikten an, nämlich an den Iran-Irak, Afghanistan, Nahost.

Vor diesem Hintergrund hat die strategische Bedeutung der Türkei zugenommen. Ungeachtet der Ereignisse jenseits des NATO-Vertragsgebietes bleibt es also unsere Hauptaufgabe, der kommunistischen Bedrohung angemessen zu begegnen.

Die Warschauer-Pakt-Streitkräfte sind gegenüber dem AF-SOUTH-Bereich überlegen. Die Kampfkraft der westlichen Verbände ist zur Zeit noch nicht ganz ausreichend. Es kommt immer mehr darauf an, durch eine Vertiefung der Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen und durch eine engere politische und militärische Einbindung in das Bündnis den Zusammenhalt zu stärken. Dabei muß vor allen Dingen den mitteleuropäischen Staaten immer wieder in Erinnerung gerufen werden, daß in dieser Region vitale Interessen des Westens auf dem Spiel stehen. Die Südregion ist für das gesamte Bündnisgebiet von einer hohen Wichtigkeit. Für die Friedenssicherung bzw. für die Aufrechterhaltung einer glaubwürdigen Abschreckungskapazität erscheint es unverzichtbar, die NATO-Streitkräfte auch in der Südregion zu modernisieren und auf einem ausreichenden Niveau zu halten.

Die Sicherheit der Südflankenstaaten und die Kontrolle über das Mittelmeer sind und bleiben die zentralen Aufgaben der NATO in diesem Raum. Wir haben uns bemüht, das in diesem Bericht im einzelnen darzustellen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir es, daß die 6. US-Flotte die Lage der Allianz im Mittelmeerraum verbessert.

Wir begrüßen die **Teilnahme französischer Streitkräfte** an Manövern im Mittelmeerraum. Anerkennung verdienen auch die beachtlichen griechischen und türkischen Verteidigungsanstrengungen und die verschiedenen italienischen Programme, u. a. die Aufstellung einer schnellen Eingreiftruppe. Wir begrüßen auch den Beitritt Spaniens zum Bündnis. Die westliche Position ist dadurch in dieser Region ebenfalls verbessert worden.

Das, was jetzt und in der Zukunft politisch, militärisch und vor allen Dingen auch wirtschaftlich zu leisten ist, hat seinen Niederschlag im Empfehlungsentwurf gefunden.

Ich darf abschließend auf zwei Punkte eingehen: Wir haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß sich der Rat in Venedig mit der Sicherheit im Mittelmeerraum beschäftigt hat. Er hat diesem Thema im Rahmen des Berichts, den wir in dieser Sitzung zu behandeln haben, einen kurzen Abschnitt gewidmet, der in keinem Verhältnis zur Wichtigkeit dieser Region steht. In seiner Sitzung in Luxemburg kam der Rat dann auch schon aus Zeitgründen nicht mehr dazu, sich diesem Problem zu widmen. Wir können den Rat nur auffordern, dieses Thema als Daueraufgabe zu begreifen und in

seinen Verhandlungen entsprechend zu berücksichtigen.

Das zweite ist: Wir haben immer mehr die Empfindung, daß zwischen Einsicht in die Notwendigkeit, die **wirtschaftlichen Verhältnisse in der Südregion** zu verbessern, und dem tatsächlichen Geschehen leider immer zu viele Worte und zuviel Zeit liegen. Wir fordern in unserem Bericht auf, die Verhältnisse in der Südregion vor allen Dingen durch wirtschaftliche Hilfe — stärker, als das in der Vergangenheit geschehen ist — zu stabilisieren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich dem Kollegen Kittelmann sehr herzlich dafür danken, daß er uns eine so umfangreiche Darstellung der Probleme im Mittelmeerraum gegeben hat und daß er vor allem die militärische Seite im Detail beleuchtet hat. Ich glaube, es gibt keinen Zweifel, daß der Mittelmeerraum heute zu jenen Gebieten in der Welt gehört, in denen große Spannungsfelder vorhanden sind, in denen es täglich Krieg, kriegsähnliche Erscheinungen, Tote und Verletzte gibt, und zwar, wie wir alle wissen, in verschiedenen Bereichen des Mittelmeerraumes.

Bei dieser Beurteilung der Situation müssen wir immer einen Satz der Draft Recommendation im Kopf behalten, und zwar den ersten Satz, den der Berichterstatter uns vorschlägt, daß sich nämlich die langfristigen politischen **Ziele der Sowjetunion** gegenüber dem Mittleren Osten und dem Mittelmeerraum nicht geändert haben. Ich kann dazu nur sagen: Wie wahr!

Meine Damen und Herren, ich glaube, hier geht es nicht allein um sowjetische, sondern, so könnte man auch sagen, russische Politik. Denn es war immer klassische russische Politik, in diesem Raum zu den warmen Meeren, wie es hieß, vorzustoßen. Seit das Geschwader der Gebrüder Orlow im 18. Jahrhundert im Mittelmeer kreuzte, war russische Politik auf diesen Raum fixiert. Es ist vielleicht interessant, daß in den geheimen Zusatzvereinbarungen zu den Abkommen zwischen Hitler und Stalin auch dieser Raum erwähnt wird. In ihnen wurde der Sowjetunion damals seitens Hitlers eine zu dem arabischen Raum hin orientierte Interessenssphäre zugebilligt, also zu dem heutigen großen Krisengebiet des Persischen Golfes. Allerdings war in diesen Zusatzvereinbarungen des Jahres 1939 noch nicht vom Balkan und der Türkei die Rede. Und im Rahmen dieser Geheimgespräche, die der damalige neue sowjetische Außenminister Molotow, der ja vor wenigen Tagen verstorben ist, 1940 mit Ribbentrop und Hiltler in Berlin führte, ist ein Abkommen, ein endgültiges Abkommen zur Aufteilung der Interessenssphären zwischen den beiden großen Diktatoren der vierziger Jahre, nämlich Hitler und Stalin, letzten Endes nicht zustande gekommen, weil Hitler damals nicht bereit war, die Forderungen Molotows zu erfüllen, nämlich die Türkei und die Meerengen in den Interessensbereich der Sowjetunion zu geben.

Daß dies das Ziel der Sowjetunion war, meine sehr verehrten Damen und Herren, konnte man nach Kriegsende 1945 deutlich sehen. Obwohl die Türkei noch 1945 in den Krieg eingetreten war, also am 8. Mai 1945 sozusagen zu den Siegermächten gehörte, forderte die Sowjetunion damals unmittelbar mit der Kündigung des Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes, der noch mit Kemal Atatürk ausgehandelt worden war, militärische Basen am Bosphorus und an den Dardanellen und stellte diese Forderungen — neben anderen Forderungen — auch in den Mittelpunkt der Pariser Außenministerkonferenz von 1946.

Übrigens, sehr verehrte Kollegen, nicht nur bezogen auf die Türkei gab es eine konsequente russische, sowjetische Politik. Es gab sie auch gegenüber den früheren italienischen Kolonien, z. B. gegenüber Libyen und Eritrea, die die Sowjetunion damals gern unter ihre Verwaltungshoheit gebracht hätte. Auf diese Art und Weise wollte sie in Libyen und Eritrea immer gern Basen bekommen. 1947 hat sich dann das Bild im Mittelmeerraum zentral geändert, als mit der Truman-Doktrin die 6. Flotte ins Mittelmeer kam, um eine aktuelle Bedrohung für die Freiheit von Staaten im Mittelmeerraum abzuwenden. Sie wissen, es tobte der Bürgerkrieg in Griechenland; er forderte große Opfer. Ohne die Anwesenheit der 6. Flotte der USA wäre der Friede dort wohl nicht gewährleistet worden. Freilich, auch der Bruch zwischen Tito und Stalin brachte hier Entlastung.

Meine sehr verehrten Kollegen, angesichts dieser Situation und angesichts dieses Interesses der Sowjetunion an diesem Raum ist es völlig klar, daß der Westen, daß die NATO, daß die WEU alles tun muß, um dafür zu sorgen, daß das Gleichgewicht der Kräfte in diesem Raum aufrechterhalten bleibt, um jeder einseitigen Bedrohung entgegenzutreten zu können.

Die **Rolle der Türkei** wurde schon erwähnt. Ich möchte das ausdrücklich unterstreichen, ohne den Ausführungen der Vorredner hier etwas hinzuzufügen. Aber ich glaube, gerade die Türkei spielt als ein Eckpfeiler im Mittelmeerraum, in der NATO eine ganz wesentliche Rolle. Es ist nur zu bedauern, daß die Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei nicht unbedingt dazu beitragen, diesen Pfeiler zu stärken.

Auch Libyen ist erwähnt worden. **Libyen** stellt ein großes Problem im Mittelmeerraum dar, und zwar nicht nur, wie wir wissen, wegen der Verbindungen zum **Terrorismus**, sondern Libyen ist auch ein Land, das selbst eine aggressive Politik betreibt, das einen Teil des Tschad besetzt hält. Gerade in den letzten Wochen ist deutlich geworden, daß es sich hier nicht einmal mehr auf, wenn ich es so bezeichnen darf, Hilswillige aus dem Tschad selbst berufen kann. Denn der Führer der Gunt-Bewegung, die sich im Tschad gegen Präsident Habre erhoben hat — diese Erhebung dauert immer noch an — Herr Goukoumi Oueddei, wurde in Libyen, wo er unter Hausarrest steht, verletzt, seine Leibwache

zum Teil erschossen. Das zeigt, wie Herr Ghaddafi selbst mit Freunden umgeht. Und die Besetzung des nördlichen Tschad durch libysche Truppen, u. a. auch mit logistischer Hilfe von Militärs aus den Staaten des Warschauer Pakts, ist ein offener Akt der Aggression geworden, da die Gunt-Kräfte neuerdings wieder Versöhnung mit dem Präsidenten Habre suchen.

Allein an diesem Beispiel — andere Gefahrenherde sind ja schon angeführt worden: Irak–Iran, Konflikt im Libanon, Verhältnis Israel-arabische Nachbarn; auch Zypern darf hier nicht unerwähnt bleiben — sehen wir, daß der ganze Mittelmeerraum voll von Spannungen ist. Deswegen müssen wir seitens der NATO und seitens der WEU ein stabilisierender Faktor sein und alles tun, um durch eine aktive Präsenz in diesem Raum, durch die Unterstützung der Freunde in diesem Raum auf Dauer Stabilität zu gewährleisten und den Frieden zu erhalten.

Berger (Lahnstein) (CDU/CSU): — Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu diesem Bericht zu Wort gemeldet, weil ich sonst den Eindruck gehabt hätte, daß sich überwiegend unsere italienischen Kollegen mit den Mittelmeer-Problemen auseinandersetzen. Ich glaube, es ist das Verdienst des deutschen Berichterstatters Kittelmann, hier wieder auf die Tatsache hingewiesen zu haben, daß das Nordatlantische Bündnis und auch die Westeuropäische Union als Teil dieses Bündnisses letztlich maritime Organisationen sind. Die Sicherheit unserer Mitgliedsländer ist wohl weniger an der Zentralfront bedroht, obwohl dort die Waffen am dichtesten gegeneinander gerichtet sind, was von vielen als bedrohlich empfunden wird, sondern es sind jeweils die maritimen Randprobleme, die unsere Sicherheit in Frage stellen könnten.

Wenn ich ein sowjetischer Planer wäre und versuchen würde, den Zusammenhalt des NATO-Bündnisses zu testen, so würde ich das nicht etwa in Mitteleuropa versuchen, wo ganz eindeutig und ohne jeden Zweifel sofort das gesamte Bündnis angegriffen wäre, sondern ich würde dies etwa an der Nordflanke versuchen, in Spitzbergen, in der Norwegischen See, oder eben im Mittelmeer.

Infolgedessen ist es völlig konsequent, daß die Sowjetunion versucht, ihre Position im Mittelmeer auszubauen. Sie hatte dabei Erfolge, aber sie hat auch Rückschläge hinnehmen müssen. Wir müssen beides sehen und sollten daraus für die Zukunft Konsequenzen ziehen.

Erfolg hatte die Sowjetunion insofern, als sie heute im Mittelmeer mit einer Flotte präsent ist, die es dort so vor 20 Jahren eben nicht gegeben hat; darauf weist der Bericht sehr deutlich hin. Wir dürfen dies nicht unterschätzen.

Rückschläge gab es insofern, als es der Sowjetunion nicht gelungen ist, etwa an der europäischen Gegenküste im Mittelmeerraum wirklich feste Positionen zu schaffen, sich Basen zu schaffen, von denen aus ihre Flotte wesentlich wirkungsvoller operieren könnte. Aber sie hat ja solche Versuche un-

ternommen. Sie hatte, wie gesagt, teilweise Erfolg und hat teilweise Rückschläge erlitten, aber es steht nirgendwo geschrieben, daß dies nicht eines Tages doch noch auf uns zukommen könnte. Ich glaube, wir als Mitglieder dieser Westeuropäischen Union und des Nordatlantischen Bündnisses müssen darauf sehr achten.

Übrigens ist das Mittelmeer ein ganz wichtiger Raum auch im Zusammenhang mit dem, was wir jetzt nach **Reykjavik** sagen. Wir müssen, wenn wir die NATO als Ganzes, als **maritimes Bündnis** erhalten wollen, dafür sorgen, daß sich das amerikanische Engagement in Europa und in den europäischen Gewässern verstetigt. Es sind ja große Anstrengungen, die die Amerikaner im Interesse unserer Sicherheit dort unternehmen müssen. Wenn wir uns nur für einen Augenblick vorstellen wollten, was denn mit Europa geschähe, wäre im Mittelmeer nur noch die sowjetische Flotte präsent, würde uns deutlich, was wir hier gemeinsam für die Zukunft leisten müssen.

Deswegen möchte ich zwei Forderungen des Berichterstatters nachdrücklich unterstützen, damit der Westen im Mittelmeer nicht Positionen verliert, und, wenn das gestattet ist, eine Forderung hinzufügen:

Die erste Forderung ist die, daß unter den NATO-Partnern die uns schwächenden nationalen Konflikte nach Möglichkeit beseitigt werden, damit eben das Bündnis insgesamt gestärkt wird. Ich spreche von **Griechenland** und der **Türkei**. Dieses Problem muß gelöst werden, denn der jetzige Zustand ist der Sicherheit des gesamten Bündnisses nicht förderlich. Die beiden NATO-Partner müssen dort aufeinander zugehen und müssen versuchen, ihre Probleme miteinander zu lösen.

Der zweite Punkt: Wir werden — das ist auch bei meinem Vorredner deutlich geworden — die Probleme dort nur lösen und die Lage nur stabilisieren können, wenn wir auch die **sozialen Mängel** und die **wirtschaftlichen Schwächen dieser Region** gemeinsam zu überwinden versuchen. Nur diese Stabilisierung führt auch zur politischen Stabilität.

Ein Drittes möchte ich hinzufügen: Die NATO und die maritimen Anrainerstaaten des Mittelmeeres, soweit sie der NATO angehören, müssen dort so eng wie möglich kooperieren. Das schließt Frankreich und schließt Spanien ein, deren Verbleiben in der NATO für den Westen doch von besonderer Bedeutung gewesen ist. Auch diese dritte Forderung halte ich für notwendig; wir sollten sie seitens dieser Versammlung vertreten.

Das alles zusammen macht es uns natürlich leicht, diesem ausgezeichneten Bericht, für den ich noch einmal danken möchte, zuzustimmen.

Kittelmann (CDU/CSU): — Herr Präsident! Vorab darf ich mich bei allen Diskussionsrednern für ihre faire — zum Teil freundliche, zum Teil kritische — Auseinandersetzung mit dem Bericht sehr herzlich bedanken.

Ich darf es kurz machen: Vielen Ausführungen habe ich nichts hinzuzufügen, weil sie voll dem ent-

sprechen, was in meinem Bericht und auch in den vom Verteidigungsausschuß mit sehr großer Mehrheit verabschiedeten Schlußfolgerungen gesagt worden ist. Zu zwei oder drei Bemerkungen darf ich aber Stellung nehmen, zunächst mit einem persönlichen Bekenntnis zu den Ausführungen des Kollegen Cifarelli: Die **Gleichstellung zwischen Israel und den Palästinensern** ist keine qualitative Gleichstellung, sondern es geht um eine Aufforderung an zwei Bereiche, die nicht mehr bedeuten soll, als gesagt ist. Das möchte ich als persönlich sehr engagierter Freund des Staates Israels hier ausdrücklich betonen.

In vielen Beiträgen, die hier vorgetragen wurden, haben wir gesehen, für wie wichtig die Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union den Bereich der Südflanke hält.

Für mich persönlich war es eigentlich eine Freude und ein Erlebnis, als Mitteleuropäer für ein Gebiet Berichterstatter sein zu dürfen unter den kritischen Augen derjenigen Kollegen, die sehr viel unmittelbarer als wir in Mitteleuropa mit den Problemen konfrontiert sind. Um so mehr habe ich mir Mühe gegeben, damit Sie aus dem Bericht ersehen, daß es auch für Mitteleuropa und Nordeuropa wichtig ist, diesen Problemen eine größere Aufmerksamkeit zu widmen.

Herr Rubbi, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört. Herr Rubbi, ich glaube, ich hätte etwas falsch gemacht, wenn Sie diesem Bericht uneingeschränkt hätten zustimmen können. Trotzdem ist es so, daß unsere NATO-Mitgliedstaaten im Mittelmeerraum einen Anspruch darauf haben — auch das Land, aus dem Sie kommen —, im Verhältnis zu den anderen Staaten in der NATO gleichberechtigt behandelt zu werden. Die NATO hat sich dazu verpflichtet.

Wenn darüber hinaus zum Ausdruck gebracht wird, daß in diesem Bereich nicht nur eine **wirtschaftliche Hilfe** erforderlich ist, sondern diese auch tatsächlich erfolgen muß, dann besteht vielleicht auch zu einem kommunistischen Abgeordneten eine gewisse Nähe. Zumindest das werden auch Sie uneingeschränkt positiv sehen.

Ich darf Ihnen, Herr Inan, sehr herzlich für das danken, was Sie als Gastredner der Türkei gesagt haben. Sie haben noch einmal die Kräfteverhältnisse in Erinnerung gerufen.

Sie nehmen es mir bitte nicht übel, wenn ich auf den von Ihnen dargestellten **Konflikt Griechenland-Türkei** nicht eingehe; das ist in dem Bericht von uns sehr ausführlich dargestellt worden. Dieser Bericht zeigt, daß gerade dieses Ungleichgewicht für uns eine Herausforderung ist.

Ich darf mit Blick auf die Türkei sagen, daß wir dieses Land, das unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu leiden und für die NATO in der Südregion eine wesentliche strategische Bedeutung hat, mit seinen Problemen nicht allein lassen dürfen. Die WEU sollte vielmehr diejenigen, die Verantwortung tragen, ermuntern, die Türkei stärker zu unterstützen.

Ich darf mich bei Ihnen, Herr Präsident, nochmals sehr herzlich bedanken. Des weiteren darf ich mich bei den Mitgliedern des Verteidigungsausschusses für Ihre Unterstützung sehr herzlich bedanken.

Empfehlung 439

betr. die europäische Sicherheit und der Mittelmeerraum

Die Versammlung

- (i) ist davon überzeugt, daß sich die langfristige politische Zielsetzung der Sowjetunion hinsichtlich des Nahen Ostens und des Mittelmeerraums nicht geändert hat;
- (ii) ist dennoch der Auffassung, daß die vom Warschauer Pakt ausgehende militärische Bedrohung im Mittelmeerraum seit Vorlage des letzten Berichts des Ausschusses nicht weiter zugenommen hat;
- (iii) verurteilt die anhaltende militärische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan und die von ihr begangenen Grausamkeiten an den afghanischen Widerstandskräften und der Bevölkerung;
- (iv) ist besorgt über die neuerlichen Gefahren, die von den Konflikt- und Krisenherden insbesondere im östlichen und südlichen Teil des Mittelmeerraums ausgehen und die Interessen und Stellungen der alliierten Staaten direkt oder indirekt beeinflussen;
- (v) richtet ihre besondere Aufmerksamkeit auf die politisch wie militärisch unbeständige Lage im Nahen Osten, die auf den ungelösten arabisch-israelischen Konflikt, die Uneinigkeit der arabischen Staaten, die Beteiligung Libyens und Syriens am Internationalen Terrorismus und nicht zuletzt auch auf den kriegsreligiösen islamischen Fundamentalismus in einigen Ländern der Region zurückzuführen ist;
- (vi) begrüßt Spaniens Entscheidung zum weiteren Verbleib in der NATO;
- (vii) ist davon überzeugt, daß die europäische Sicherheit und die Sicherheit im Mittelmeerraum auch von dazu geeigneten diplomatischen Bemühungen abhängen, untereinander akzeptierte und nachweisbare Rüstungskontrollmaßnahmen zu vereinbaren;

EMPFIEHLT DEM RAT

gemeinsame, geeignete und überzeugende politische Konzepte festzulegen, die er zu gegebener Zeit und an gegebenem Ort durchführen und öffentlich bekanntgeben solle, und die folgenden Zwecken dienen sollten:

1. einer breiteren Öffentlichkeit die kollektive Verantwortung der westlichen Alliierten für die Verteidigung im Mittelmeerraum nahezubringen, indem sie

- (i) die gemeinsamen NATO-Streitkräfte und deren Manöver in der Region unterstützen und die See-Überwachung mit Hilfe von COMMARAIMED koordinieren;
 - (ii) Empfehlungen dahingehend äußern, daß sich in Friedenszeiten die Maßnahmen der Streitkräfte der NATO-Länder in den unter Artikel 6 des Nordatlantikpakts genannten Gebieten an den politischen Richtlinien der NATO orientieren sollten;
 - (iii) sich nach besten Kräften bemühen, die Handlungsfreiheit der Streitkräfte der NATO-Länder im Mittelmeerraum in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und dem Prinzip der Freiheit der Meere zu sichern und zu erhalten;
 - (iv) die Notwendigkeit der fortgesetzten Präsenz der amerikanischen Streitkräfte in diesem Raum betonen, die damit zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit in diesem speziellen Teil des Kontinents beitragen;
2. die unbedingte Notwendigkeit zu unterstreichen, ein ausreichendes militärisches Gleichgewicht in der Region zu erhalten, insbesondere durch Bereitstellung von Militärhilfe für die Modernisierung der Ausrüstung der portugiesischen, griechischen und türkischen Streitkräfte;
 3. Spanien dazu zu veranlassen, soweit es in seinen Kräften steht, mit den mobilen ACE-Kräften, den abrufbereiten Seestreitkräften im Mittelmeer und den Commander Maritime Air Forces im Mittelmeer (COMMARAIMED) zu kooperieren, indem es einen mobilen Truppenverband zur Verstärkung der Alliierten-Kontingente im Mittelmeer zur Verfügung stellt und der NATO, wie es unter allen anderen NATO-Mitgliedern üblich ist, Informationen über seine Verteidigungsmaßnahmen erteilt;
 4. der politischen und strategischen Schlüsselstellung der auf der Landbrücke zum Nahen Osten gelegenen Türkei und ihren wichtigen Verteidigungsaufgaben an der Südost-Flanke der NATO gebührende Aufmerksamkeit zu zollen und sie in angemessener Weise zu berücksichtigen;
 5. Griechenland und die Türkei dazu zu veranlassen, bilaterale Verhandlungen zur Beilegung ihrer Probleme in der Ägäis aufzunehmen, unter anderem im Hinblick darauf, eine normale Beteiligung der griechischen Streitkräfte an den Plänen der NATO zu ermöglichen und die Befehlsstruktur der NATO in diesem Gebiet zu vervollständigen;
 6. alle an den arabisch-israelischen Streitigkeiten — insbesondere am beunruhigenden Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern — beteiligten Parteien dazu zu veranlassen, eine endgültige und dauerhafte Lösung zu finden, dabei den Geist und die Ursachen des Terrorismus auszulöschen und somit eine Randbedrohung der Region zu vermindern;
 7. die im Libanon und in Zypern eingesetzten UNO-Friedenstruppen weiterhin zu unterstützen;
 8. die beiden in Zypern lebenden Gemeinschaften dazu zu ermutigen, direkte Kontakte miteinander aufzunehmen, um alle Fragen zu erörtern, die zur Findung einer allseits akzeptierten Lösung des politischen Problems durch die Vermittlungsdienste des Generalsekretärs der Vereinten Nationen beitragen werden;
 9. Ägypten erneut dazu aufzurufen, sich für die Suche nach einer Friedensregelung zwischen der arabischen Welt und Israel zu engagieren und das Land durch politische Unterstützung, wirtschaftliche Hilfe und unter Berücksichtigung seiner Sicherheitsprobleme dazu zu ermutigen, weitere Anstrengungen in dieser Richtung zu unternehmen;
 10. geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Völker der weniger entwickelten Länder voranzutreiben, um mehr Stabilität in der Region zu schaffen.

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsrechnung der Versammlung für 1985

(Drucksache 1069)

Tagesordnungspunkt:

Nachtragshaushalt der Versammlung für 1986

(Drucksache 1071)

Tagesordnungspunkt:

Haushaltsplan der Versammlung für 1987

(Drucksache 1072)

Berichterstatter:

Sir Dudley Smith (Vereinigtes Königreich)

(Gemeinsame Aussprache über die vom Ausschuß für Haushalts- und Verwaltungsfragen vorgelegten Berichte — Verabschiedung der Richtlinie 65 zum Haushalt 1987 der Versammlung)

Dr. Freiherr Spies von Büllesheim (CDU/CSU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Erörterung von Haushaltsfragen ist immer schwierig und brisant. Das gilt auch für unsere nationalen Haushalte. Aber in dieser Versammlung ist die Erörterung deswegen besonders brisant, weil die Beratung von Haushaltsfragen begrenzt ist. Sie ist in der Sache sehr begrenzt, weil wir nur über den Haushalt dieser Versammlung, also über einen Teilhaushalt der WEU beraten können. Sie ist auch deswegen begrenzt, weil wir kein eigenes **Etatrecht** ha-

ben. Es ist für den Parlamentarier ein sehr ungewöhnlicher Zustand, daß Minister und Bürokratien über ihren Haushalt entscheiden.

Bei der Behandlung unseres Haushalts — in den Vorgesprächen — erleben wir es immer wieder, daß wir von unseren Regierungen gedrängt werden, zu sparen. Das zu verlangen ist das gute Recht der Regierungen. Andererseits ist es aber eine Tatsache, daß es oft nur um kleinste Beträge geht und daß andere Zweige der WEU, also derselben Organisation, mit einem erheblichen finanziellen Aufwand tätig sind — ich meine die Agenturen —, obwohl es keine Aufgaben für sie mehr gibt. Wir wissen das, aber wir haben insoweit keine Einflußmöglichkeit.

Von daher ist es eben besonders ärgerlich, daß der Haushalt der Versammlung — auch wenn es nur um kleine Beträge geht — begrenzt wird und auf der anderen Seite ein großer Geldabfluß stattfindet, der nicht gerechtfertigt ist und den wir als Parlamentarier auch gar nicht stoppen können.

Nun mag man den Zustand beklagen, daß wir kein Etatrecht haben, daß wir nicht einmal ein Kontrollrecht über die sonstigen Haushalte der WEU haben. Aber das ist nun einmal vertraglich so vorgegeben. Das kann man, zumindest im Augenblick, nicht ändern. Aber man sollte immer wieder darauf hinweisen. Man sollte gerade auf diesen Punkt des Haushaltsrechts ein besonderes Augenmerk richten, wenn es im Zuge der Erweiterung der WEU oder aus anderen Gründen einmal dazu kommt, daß der WEU-Vertrag neu gestaltet und von den Parlamenten neu ratifiziert werden muß. Das ist ja durchaus nicht ausgeschlossen, sondern, jedenfalls mittelfristig, sogar wahrscheinlich.

Ich glaube nicht, daß wir so weit gehen können, für diese parlamentarische Versammlung ein Haushaltsrecht für die Gesamt-WEU zu verlangen. Aber diese Versammlung muß zumindest ein **Kontrollrecht über alle Teilhaushalte der WEU** haben, damit nach gleichen Grundsätzen vorgegangen wird.

In dieser Sitzung sind die Gegensätze zwischen der WEU und dem Ministerrat besonders deutlich geworden. Ich erinnere nur an den gestrigen Tag, an die Diskussion um die vielen Beiträge der Minister. Es ist die Frage gestellt worden, wieviel Zeit wir eigentlich noch haben, unsere eigenen Debatten zu führen. Die Gegensätze werden aber natürlich auch in dieser Haushaltsdebatte deutlich.

Es wird immer wieder die mangelnde **Zusammenarbeit zwischen Rat und Versammlung** beklagt. Wir wissen alle, daß das mehrere Gründe hat. Ein Grund besteht darin, daß das Nebeneinander leider schon räumlich vorgegeben ist. Die Frage ist, ob daran etwas zu ändern ist. Daneben gibt es organisatorische und personelle Gründe. Wir sind zuwenig verzahnt. Schließlich liegen die Gründe auch in der sachlichen Arbeit. Wir arbeiten nebeneinander her. Wenn man vor solchen Schwierigkeiten steht, sollte man nicht auf einen neuen Vertrag warten. Vielmehr sollten wir versuchen, einen neuen Anfang zu machen.

Deswegen wollte ich noch einmal den Vorschlag einbringen, der bereits in der christdemokratisch-konservativen Gruppe erörtert worden ist: ob es nicht möglich und sinnvoll ist, eine Arbeitsgruppe einzusetzen — eine kleine **Arbeitsgruppe** auf nicht zu hohem Niveau —, bestehend aus **Mitgliedern der Versammlung und des Rates**, und die gemeinsamen Fragen dort zu erörtern. Der Haushalt der WEU in anderen Bereichen darf für uns kein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Er darf für uns kein Geheimnis sein. Er muß zumindest gemeinsam erörtert werden. Ich glaube, eine solche Arbeitsgruppe, wenn sie kriert und ihre Arbeit aufnehmen würde, könnte auch dazu beitragen, Mißtrauen und gegenseitigen Ärger abzubauen. Ich meine, daß man gerade im Bereich des Haushalts über solch eine kleine Arbeitsgruppe mit der gegenseitigen Verständigung den Anfang machen könnte. — Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt:

Erster Teil des 32. Jahresberichtes des Rates

(Drucksache 1074)

Berichterstatter:

Außenminister Jacques Poos (Luxemburg),
amtierender Vorsitzender des Rates der WEU

(Themen: Wiederbelebung der WEU; ihre künftige Rolle im Rahmen des atlantischen Bündnisses; Sicherheit Europas; Erweiterung sowie Haushalt und Struktur der WEU; Treffen von Reykjavik; Abschaffung der chemischen Waffen)

Tagesordnungspunkt:

Die politischen Aktivitäten des Rates — Antwort auf den 31. Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1078)

Berichterstatter: Abg. Bianco (Italien)

(Themen: Verhältnis zwischen Versammlung und Rat; Unterrichtung der Versammlung; gemeinsame Haltung und Mitsprache Europas (WEU) in Sicherheits- und Verteidigungsfragen; Wiederbelebung und Erweiterung der WEU; internationaler Terrorismus; Arbeitsgruppe für Sicherheit in Europa; Sicherheitsfragen und öffentliche Meinung)

Dr. Ahrens (SPD): — Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst dem Kollegen Bianco für seinen ausgezeichneten Bericht, für die gute Zusammenarbeit im Ausschuß und auch für seine flexible Haltung bei der Erörterung dieses Berichtes danken. Mit dieser Haltung hat er von der Sache und von seinen Standpunkten nichts aufgegeben, die einstimmige Annahme des Berichts aber entscheidend erleichtert.

Das, was mich an dem Bericht besonders freut, ist seine Offenheit, die zeigt, daß das **Verhältnis** zwischen den beiden politischen Organen unserer Organisation, **zwischen dem Rat und der Versammlung**, noch immer nicht frei ist von Leerlauf, noch immer nicht frei ist von Störungen und Widersprüchen.

Sicherlich gibt es ein natürliches Spannungsverhältnis zwischen diesen beiden Organen, ein Spannungsverhältnis, wie wir es auch zwischen Parlamentariern und Regierungen in allen Demokratien der Welt kennen. Aber wenn das Verhältnis zwischen den Regierungen und den Parlamentariern in anderen Ländern von dem gleichen Mißtrauen, von der gleichen Nichtbeachtung und oftmals auch von der gleichen Unkenntnis getrübt wäre, wie das hier hinsichtlich der Beziehungen zwischen dem Rat und der Versammlung der Fall ist, dann würde sich, so meine ich, eine Regierung in einer Demokratie sicherlich nicht mehr allzulange ihres Daseins erfreuen.

Man könnte versucht sein, Herr Präsident, in den zahlreichen Besuchen von Ministern in unserer Versammlung den Ausdruck eines besonderen, eines steigenden Interesses der Regierungen an unserer Arbeit und insbesondere an verbesserter Zusammenarbeit zu sehen. Aber die Art und Weise, wie ich diese Besuche seit nunmehr fast 17 Jahren hier in der Versammlung ablaufen sehe, läßt mich an einer solchen Deutung zweifeln. Fast immer stehen die Minister unter Zeitdruck, fast immer fehlt die Zeit, sich mit unseren Fragen ernsthaft auseinanderzusetzen und ernsthaft darauf einzugehen. Natürlich können wir hier auf eine Frage, die ad hoc gestellt wird, eine Antwort mit letzten Wahrheiten und absoluter Klarheit nicht erwarten. Aber wir können eigentlich erwarten, daß ein Minister, der zu uns kommt, vorher genügend Zeit einplant, um mit uns zu diskutieren. Denn nur dann hat ein Ministerbesuch Sinn. Ich möchte, Herr Staatssekretär, den Besuch Ihres Ministers von dieser Kritik ausdrücklich ausnehmen. Er ist eine der wenigen Ausnahmen, die ich in diesen 17 Jahren erlebt habe.

Dafür aber können wir, wenn wir zurückkehren, in unseren Zeitungen lesen, welche Auführungen dieser oder jener Minister vor der Versammlung gemacht hat. Und man muß sich fragen: Dient die Versammlung nicht lediglich als eine Art Akklamationsgremium, gewissermaßen als Resonanzboden für Ausführungen von Ministern, die in den Medien verbreiten lassen wollen, daß sie sich wieder einmal für die Harmonisierung der Rüstung, für gemeinsame Verteidigungsanstrengungen eingesetzt haben?

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Bericht zeigt deutlich, in wie vielen Bereichen die Beziehungen zwischen dem Rat und der Versammlung immer noch gestört sind. Wenn man diese Auflistung liest, dann muß man zu der Erkenntnis kommen, daß Rom vielleicht doch nicht ganz so ernst gemeint war, daß die **Erklärung von Rom** vielleicht nur ein Strohfeuer entfacht hat oder der Fehler vielleicht auf unserer Seite, auf der Seite der Parlamentarier, lag, daß wir die Worte der Minister zu ernst genommen haben.

Lassen sie mich nur einige der von Herrn Bianco aufgeführten Punkte ansprechen: Da errichten Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Bundesrepublik eine **Arbeitsgruppe**, die sich mit der **Sicherheit in Europa** beschäftigen soll, eine Aufgabe also, die statutengemäß der WEU zusteht. Es wird eine weitere Organisation gebildet, als ob wir in Europa nicht bereits heute ein Übermaß an Organisationen hätten, die sich gegenseitig lähmen und sich gegenseitig Schwierigkeiten machen. An Organisationen haben wir weiß Gott keinen Mangel, an Gemeinsamkeit aber fehlt es. Warum wird diese Aufgabe nicht in den Händen der WEU gelassen oder zumindest mit unserer Arbeit verzahnt?

Ein weiterer Punkt: Nach Auffassung der Versammlung gehört auch die Beschäftigung mit dem Problem des **internationalen Terrorismus** zu den Zuständigkeiten der Westeuropäischen Union. Wir haben das in einer Entschließung dargelegt. Die gleiche Auffassung scheinen auch die Terroristen zu haben, wenn man den Sicherheitsaufwand sieht, der hier in diesem Gebäude und um das Gebäude herum betrieben wird. Unsere Minister, unsere Regierungen äußern sich dazu nicht. Der amtierende Ratspräsident hat heute darauf verwiesen, daß sich die Minister im Rahmen der EG mit den Fragen des Terrorismus beschäftigen hätten und zu übereinstimmenden Beschlüssen gekommen seien. Nun gut! Aber ich frage mich: Sind die Europäischen Gemeinschaften wirklich die zuständige Organisation, sind die Europäischen Gemeinschaften wirklich der Rahmen, in dem man sich mit der Bekämpfung des Terrorismus beschäftigen muß, wenn und so lange man eine WEU hat?

Ein weiterer Punkt: **Portugals Antrag auf Mitgliedschaft in der WEU** liegt seit Jahren vor. Wir haben seitens unseres zuständigen Ausschusses — das gleiche gilt für andere Ausschüsse — in Portugal mit unseren Parlamentskollegen und mit der Regierung Portugals darüber gesprochen. Jetzt wird seitens des Rates gesagt: Wir wollen zunächst die Reorganisation der WEU abwarten und dann über ihre Erweiterung beschließen. Nur, wie lange soll die Reorganisation der WEU eigentlich noch dauern? Verstößt unsere Organisation hier nicht allmählich gegen die Formen internationaler, zumindest europäischer Höflichkeit?

Oder nehmen Sie die **Haushaltssituation**: Der Ratspräsident hat uns heute gesagt, daß die Mittel, die wir für die Versammlung zur Verfügung haben, zurückgehen werden. Vornehm nennt man das Minuswachstum. Das Schlimmste ist, daß aus dem **Etat der Versammlung** auch die Pensionen für unsere Mitarbeiter aufgebracht werden müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man das Lebensalter, die restliche Dienstzeit und die Eingruppierung der Mitarbeiter kennt, dann kann man sich ausrechnen, wann wir mit unserem Etat auf Null sind! So läuft das also, das ist die Situation, in der diese Versammlung arbeiten muß. Und der Rat, den uns der deutsche Staatsminister im Auswärtigen Amt gestern gegeben hat, es möchten sich doch einmal die Kollegen, die in der WEU sind, und die, die in den Haushaltsausschüssen sind, zusammensetzen, ist

so lange wirkungslos, als nicht die Regierungen, die die Haushaltsskizzen aufstellen, die Ansätze für die Versammlung der WEU erhöhen. Wir wissen doch, daß zumindest die Kollegen — und das ist in allen Parlamenten so —, die die jeweilige Regierung stützen, zunächst einmal nicht geneigt sind, von der Regierungsvorlage abzuweichen. Also, auch hier werden uns Steine statt Brot gegeben — und das alles, Herr Präsident, in einer Situation, in der die **Konferenz von Reykjavik** doch deutlich genug gezeigt hat, wie nötig, wie dringlich unsere Arbeit ist, wie nötig eine **gemeinsame Antwort Europas auf die Fragen der Verteidigungspolitik** ist. Im Gespräch mit vielen amerikanischen Kollegen haben wir immer wieder festgestellt, daß auch die Amerikaner auf diese europäische Antwort warten und nicht eine deutsche, eine französische, eine englische haben wollen. Sie wollen vielmehr die Antwort Europas haben. Wenn Europa keine Antwort, keine gemeinsame Antwort findet, dann wird die Entwicklung über uns hinweggehen.

Ich glaube, daß die Bemühungen beider Großmächte im Augenblick sehr ernsthaft in Richtung auf Fortsetzung der Gespräche gehen und daß die beiden führenden Männer der Großmächte auch ernsthaft bemüht sind, zu Erfolgen zu kommen. Gerade in dieser Situation aber — das mag anders gewesen sein, als keine Gesprächsbereitschaft zwischen den Großmächten bestand — wird auch ein Beitrag Westeuropas, eine Antwort erwartet, die zu geben eigentlich nur die WEU befugt und aufgerufen ist. Deshalb ist es, so meine ich, ein Gebot der Stunde, die Zusammenarbeit in unserer Organisation zu verstärken und zu verbessern. Dafür gibt der hervorragende Bericht des Kollegen Bianco, der uns vorliegt, eine gute Basis. Ich hoffe, daß auch der Rat bereit ist, diese Basis zu nutzen.

Antretter (SPD): — Herr Präsident! Aktiv müsse unsere Politik, die der Westeuropäischen Union, sein, sagte der Berichterstatter heute in seinem mündlichen Bericht. Ich pflichte ihm bei und füge hinzu: Dies ist das Gegenteil von dem, was der Generalsekretär der NATO, Lord Carrington, gestern gesagt hat, als er meinte, wir wollten warten wie der Fischer, der irgendwann einen Fisch an der Angel haben werde. Ich glaube, Europa braucht die Aktivität, nicht die Passivität, Europa und der Frieden brauchen Bewegung, wenn Europa im Jahre 2000 nicht eine Attrappe zwischen den Blöcken in Ost und West sein soll, wenn es nicht ein Koloß auf tönernen Füßen sein soll.

Wer den fast visionären Bekundungen des Ministerrates vor zwei Jahren in Rom Glauben schenkte, der muß den heutigen Bericht des Kollegen Bianco — ich sage: den verdienstvollen Bericht — als Dokument der nicht eingelösten Versprechungen, der unterlassenen Informationen und der Untätigkeit ansehen, einer Untätigkeit, die ganz offenkundig das Ziel hat, die **Revitalisierung der WEU** nicht zu betreiben, sondern zu verhindern.

Wie vital ist eigentlich — so könnte man im Zusammenhang mit der Einführung des Berichts von

Herrn Bianco fragen — eine Organisation, wenn die Parlamentarische Versammlung erst im Dezember 1986 in der Lage ist, ihre Stellungnahme zu den Aktivitäten des Rates vor dem 31. Dezember 1985 abzugeben?

Wie weit her ist es eigentlich mit dieser Vitalität, wenn der Berichterstatter darauf hinweisen muß, daß der Rat etwa die Grundsätze, auf die er sich in der **SDI-Frage** geeinigt hat, irgendwo im 31. Jahresbericht versteckt hat, statt deren Annahme zum Gegenstand einer Pressekonferenz oder zumindest eines Kommuniqués zu machen?

Hat der Rat denn nicht beschlossen, im Rahmen des Generalsekretariats einen **Pressedienst** zu schaffen? Welche Maßnahmen sind denn getroffen worden, um diesen Beschluß zu verwirklichen? Es kann doch nicht sein, daß die Verzögerung — wie der Generalsekretär sagte — nur an der Schwierigkeit liegt, eine geeignete Persönlichkeit zu finden! Es kann doch nicht wahr sein, daß der Rat die Kommentare der internationalen Presse nicht zur Kenntnis nimmt; sonst müßte er doch feststellen, daß es außerhalb der WEU selbst seit Monaten nicht einen einzigen Beobachter gibt, der der Reaktivierung unserer Organisation auch nur die geringste Chance gibt, soweit sich die Medien überhaupt mit der WEU befassen. Es genügt doch nicht, in regelmäßigen Abständen auf administrative und entsprechend trockene Weise Rechenschaftsberichte zu präsentieren, in denen interessante Informationen manchmal so versteckt sind, daß man sie kaum findet.

Ich frage also: Wann nimmt die neugeschaffene **Arbeitseinheit für Öffentlichkeitsarbeit** endlich ihre Tätigkeit auf? Ich mußte leider erfahren, daß sie immer noch nicht besetzt ist.

Ich kann nur warnen: Wenn der Rat der Auffassung ist, daß die Probleme unserer Sicherheit so geartet sind, daß sie sich nicht für die öffentliche Debatte eignen, ist es um so wichtiger, daß er seine Anstrengungen, das öffentliche Verständnis für die anstehenden Probleme und Notwendigkeiten zu entwickeln, verstärkt; denn wenn die Entwicklung so weitergeht wie bisher, muß man kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß es in nicht allzu langer Zeit überhaupt nicht mehr möglich sein wird, unserer Bevölkerung die Zusammenhänge klarzumachen. Die Bedeutung des Werbens um die öffentliche Meinung ist von anderen ja längst erkannt worden.

Aber, meine Damen und Herren, es gibt noch einen Punkt, der in diesem Zusammenhang wesentlich ist und der heute noch nicht ausreichend angesprochen wurde: In Rom und danach wurde immer wieder gesagt, die WEU sei auch deshalb das geeignete Instrument für eine wirksame Sicherheits-, Verteidigungs- und Friedenspolitik, weil sie eine Organisation mit einer Parlamentarischen Versammlung sei. Wie ernst ist das denn angesichts des Prinzips des Nullwachstums, das die Versammlung zunehmend daran hindert, sich an der Reaktivierung der WEU zu beteiligen, zu nehmen? Diese **Versammlung** kann doch nur wirksam sein, wenn sie **Budgetrecht** hat und wenn der **Europäische Rech-**

nungshof unser Haushaltsgebaren prüft. Es kann doch nicht wahr sein, daß wir an einem eigenständigen Pfeiler innerhalb des Bündnisses erfolgreich arbeiten sollen, wenn wir mit Beamten über Schreibmaschinen streiten müssen!

Es gibt noch etwas, was die politische Tätigkeit des Rates betrifft, und auch hier gibt es Gründe, verunsichert zu sein: Wird der Rat die Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle gerade in der Situation nach Reykjavik mit einer gewissen Priorität behandeln, oder werden sie zugunsten anderer Themen in den Hintergrund gedrängt? Es ist immerhin auffallend, daß diese Fragen im Inhaltsverzeichnis des ersten Teils des 32. Ratsberichts überhaupt nicht erscheinen.

Welches sind nun eigentlich die **Aktivitäten des Rates der WEU zu Fragen der Abrüstung** in einer Zeit, da diese Problematik im Brennpunkt des Interesses steht? Ich bin sicher, die Welt wäre dafür zu interessieren, welche Meinung die WEU zu den Vorschlägen Gorbatschows vom 15. Januar 1986 und des Warschauer Paktes vom Juni 1986 hat. In diesem Zusammenhang ist der Tätigkeitsbericht des Rates für das erste Halbjahr 1986 genauso unbefriedigend wie der Bericht für die Zeit bis zum 31. Dezember 1985, weil er keine Aussage über eine mögliche gemeinsame Position der Europäer enthält.

Können wir als Parlamentarische Versammlung davon ausgehen, daß der Rat zu **Reykjavik** und zu **SALT II** demnächst Stellung bezieht? Ist er bereit, denen entgegenzutreten, die jedes kleine Licht der Hoffnung am Abrüstungshorizont mit neuen Hürden zerstören, um dem Weiterrüsteten nicht im Wege zu stehen? Herr Präsident, ich befürchte, viel Zeit bleibt dem Rat nicht mehr. Herr Bianco hat recht, wenn er sagt, daß Ministerreden inzwischen die Mängel des Rates kaum mehr zudecken und daß dies bald überhaupt nicht mehr möglich sein wird. Der Rat steht im Begriff, sein gesamtes Ansehen zu verlieren, und die Versammlung kann nicht hoffen, Herr Präsident, daß ihr das Ansehen, das sie bisher genossen hat, erhalten bleibt, wenn es dem Rat nicht gelingt, dafür zu sorgen, daß der Reaktivierung der WEU wirkliche Substanz verliehen wird.

Vielen Dank.

Empfehlung 438

betr. die politischen Aktivitäten des Rates — Antwort auf den 31. Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

- (i) betont nachdrücklich, daß die Begründung zum vorliegenden Bericht ein wesentlicher Bestandteil ist, der nicht von der Empfehlung getrennt werden kann;
- (ii) stellt fest, daß die Antworten des Rates auf die Empfehlungen 432, 433 und 435 der Versammlung so rechtzeitig vorlagen, daß ein echter Dialog mit dem Rat möglich war;
- (iii) begrüßt die vom Rat zum Ausdruck gebrachte Absicht, von nun ab zweimal jährlich über seine Aktivitäten zu berichten;

- (iv) stellt fest, daß der 31. Jahresbericht des Rates über die Definition einer europäischen Haltung gegenüber der Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten berichtet;
- (v) bedauert jedoch, daß der Bericht Beschlüsse über andere wichtige Angelegenheiten nicht erwähnt;
- (vi) ist der Auffassung, daß die Abstimmung der europäischen Standpunkte zum Thema Abrüstung und Rüstungskontrolle seit dem Treffen von Reykjavik eine neue Bedeutung erlangt hat;
- (vii) erinnert daran, daß, wenn Europa mit einer Stimme sprechen soll, es für alle Mitgliedsländer der WEU von wesentlicher Bedeutung ist, an der Bestimmung einer europäischen Position zu den Themen Abrüstung und Rüstungskontrolle auf gleichberechtigter Basis beteiligt zu werden;
- (viii) erinnert daran, wie wichtig ein offizielles Verfahren im Hinblick auf die eigenen Aktivitäten des Rates und auch im Hinblick auf den Austausch zwischen dem Rat und der Versammlung ist;
- (ix) hat noch immer keine Kenntnis darüber, welche Schritte der Rat im Zusammenhang mit seinem Dokument über die WEU und das öffentliche Bewußtsein eingeleitet hat;
- (x) stellt fest, daß der Rat bis jetzt noch nicht sein Versprechen eingelöst hat, der Versammlung die ihm von den neuen Agenturen vorgelegten Berichte zu übermitteln, soweit dies die Geheimhaltungsvorschriften zulassen;
- (xi) vertritt die Ansicht, daß der Rat weder zu der Rolle, die er dem Ständigen Rüstungsausschuß übertragen hat, noch zu den Aktivitäten dieses Gremiums Angaben macht;
- (xii) stellt fest, daß der Rat keine der Maßnahmen erwähnt, die aufgrund der Untersuchungen des Ständigen Rüstungsausschusses (SAC), seines Internationalen Sekretariats oder der drei im Jahre 1985 errichteten Agenturen ergriffen wurden;
- (xiii) stellt fest, daß der Rat erkennt, daß die WEU-Agenturen sowie andere Gremien „bei der Analyse der verschiedenen Europa bedrohenden Gefahren auch den Terrorismus berücksichtigen“ müssen, daß aber der Rat selbst dieser Erkenntnis noch nicht gefolgt ist;
- (xiv) betont nachdrücklich, daß diese Untätigkeit dazu geführt hat, daß die Presse, die Öffentlichkeit und die Partner der WEU-Länder innerhalb des Atlantischen Bündnisses immer stärker akzentuierte Zweifel in bezug auf die Bereitschaft der Regierungen, der Erklärung von Rom Schritte folgen zu lassen, zum Ausdruck bringen;
- (xv) erinnert daran, daß jedes Versäumnis der WEU in Bereichen, für die sie zuständig ist, die Gegenwart und die Zukunft Europas als Ganzes gefährdet und daß gegenwärtig keine Institution in der Lage ist, den Platz einzunehmen, den der modifizierte Brüsseler Vertrag der WEU einräumt;
- (xvi) vertritt die Ansicht, daß das Prinzip des Nullwachstums, so wie es ausgelegt und angewandt wird, die Versammlung zunehmend daran hindert, sich an der Reaktivierung der WEU zu beteiligen;

EMPFIEHLT DEM RAT

1. seine Absicht zu bestätigen oder zu dementieren, die Beschlüsse der Erklärung von Rom in vollem Umfang anzuwenden;
2. seinen amtierenden Präsidenten mit der Aufgabe zu betrauen, auf der nächsten Sitzung des Nordatlantischen Rates, die am 11. Dezember in Brüssel stattfinden wird, die gemeinsamen Ansichten des Rates über die Folgen des Gipfels von Reykjavik vorzulegen;
3. zu erklären, ob die Zusammensetzung des Ständigen Rates es gestattet, diese Beschlüsse anzuwenden und welche Schritte er zu diesem Zweck zu unternehmen gedenkt;
4. allen der Versammlung übermittelten Informationen einen offiziellen Charakter zu verleihen, auch dann, wenn solche Informationen zuvor einigen seiner Organe in informellen Veröffentlichungen zugeleitet wurden;
5. die Versammlung darüber zu informieren, in welcher Absicht und in welcher Art und Weise die Beteiligung der Verteidigungsminister an den Tagungen des Rates auf Ministerebene erfolgt und welches die hierbei erzielten Ergebnisse sind;
6. die Versammlung über seine Aktivitäten bei den Tagungen der politischen Direktoren zu unterrichten;
7. der Versammlung über die aus seiner Tätigkeit im Bereich der Abrüstung gezogenen Schlußfolgerungen zu unterrichten, unter Berücksichtigung der ihm von der Agentur I vorgelegten Studien;
8. die von Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich errichtete Arbeitsgruppe für Sicherheit in Europa in die WEU zu integrieren, und die Beteiligung aller Mitgliedstaaten zu gewährleisten;
9. die Maßnahmen zu erläutern, die er zu ergreifen beabsichtigt, im Zusammenhang mit der Ausführung in seiner Antwort auf die Empfehlung 435, wonach die Beschäftigung mit dem Problem der terroristischen Bedrohung zu den Angelegenheiten gehöre, für die er zuständig sei und mit deren Untersuchung die Agenturen beauftragt werden könnten;
10. sicherzustellen, daß die WEU-Agenturen die Informationen erhalten, die sie benötigen, um ihr Mandat in effektiver Weise auszuführen;
11. die Versammlung ausführlich über die einerseits SAC und andererseits IEPG erteilten Aufgaben zu unterrichten unter dem Gesichtspunkt der spezifischen Ausrichtungen beider Gruppen;
12. insbesondere darzulegen, zu welchen Schlußfolgerungen die IEPG bei der wirtschaftlichen Untersuchung der europäischen Rüstungsindustrie gelangt ist, die sie im Jahre 1977 gebeten worden war durchzuführen, in Übereinstimmung mit der schriftlichen Mitteilung des Rates, die der Versammlung am 23. Februar 1978 (Dok. 769) übermittelt wurde;
13. der Versammlung mitzuteilen, welche Folgemaßnahmen er in bezug auf die von SAC durchgeführten Untersuchungen der europäischen Rüstungsindustrie zu ergreifen beabsichtigt;
14. der Versammlung ausführliche Einzelheiten über die von ihm ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung der „Zusammenarbeit zwischen den beste-

henden europäischen Instituten bei Untersuchungen im Bereich der Sicherheit“ vorzulegen;

15. der Versammlung zu erläutern, in welcher Weise er beabsichtigt, die Presse weiterhin über seine gesamten Aktivitäten zu unterrichten;
16. Portugals Antrag auf Mitgliedschaft in der WEU unverzüglich positiv zu entscheiden;
17. damit aufzuhören, der Versammlung die für die Aus- und Weiterführung ihrer Arbeit notwendigen Sachmittel vorzuenthalten.

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des
französischen Premierministers
Jacques Chirac**

(Themen: Kompetenzen der WEU; WEU und NATO; Rüstungszusammenarbeit; Gipfeltreffen von Reykjavik; chemische Waffen; Charta der Sicherheitsprinzipien der WEU; Auftrag und Erweiterung der WEU)

Premierminister **Jacques Chirac** (Frankreich): Herr Präsident, meine Damen und Herren, es ist mir eine Ehre und vor allem eine große Freude, heute, nach 24 Jahren, in die Fußstapfen des damaligen Premierministers General de Gaulles zu treten, indem ich hier das Wort ergreife.

Im Namen der französischen Regierung habe ich es mit Freude übernommen, die Vertreter unserer sieben Nationen in einem Kreis zu begrüßen, in dem — was jede demokratische Versammlung auszeichnet — die unterschiedlichsten Überzeugungen zum Ausdruck gebracht werden können.

Ich möchte ebenfalls dem amtierenden Ratspräsidenten, Herrn Poos, dafür danken, daß sich sein Land während der letzten Monate dafür eingesetzt hat, eine fruchtbare Arbeit unserer Versammlung zu gewährleisten.

Die Entwicklung eines europäischen Bewußtseins im Verteidigungsbereich ist ohne jeden Zweifel die Angelegenheit aller. Sie setzt das Engagement unserer Regierungen voraus, und jeder kennt die Rolle, die Frankreich dabei gespielt hat, der WEU wieder die ihr gebührende Stellung zu verschaffen.

Diese Entwicklung vollzieht sich ebenfalls durch die Zustimmung der Bürger, deren Vertreter Sie sind, und ich möchte die Rolle würdigen, die Ihre Versammlung dabei gespielt hat, die Fackel dieser Organisation seit ihrem Bestehen nicht erlöschen zu lassen und gleichermaßen entscheidend zu ihrer Wiederbelebung beizutragen.

Bitte erlauben Sie mir, ganz besonders Ihren Präsidenten, Jean-Marie Caro zu begrüßen, der in Ausübung seines Mandats, das mit einer entscheidenden Phase in der Geschichte der Westeuropäischen Union zusammenfällt, eine besondere Kompetenz und Autorität bewiesen hat. Sein Engagement spiegelt den historischen Auftrag des schönen Elsaß wieder, dessen gewählter Vertreter er ist, und das, nachdem es das Symbol für Teilungen unseres Kontinents war, künftig ein Zeichen auf seinem Weg zur Einheit verkörpert. Die WEU entstand im Jahre 1954 aus dem Bedürfnis, die Bundesrepublik Deutschland an der gemeinsamen Sicherheit Westeuropas teilhaben zu lassen und die Grundlagen für eine neue Solidarität zu schaffen, wobei sie sich von einer Zu-

kunftsvision leiten ließ. Damit meine ich die Bekräftigung der europäischen Identität in Sicherheitsangelegenheiten, die aus offensichtlichen Gründen in der wirtschaftlichen und militärischen Situation der Nachkriegszeit, in der die Vereinigten Staaten die Last der bereits drohenden Macht des Ostens fast allein trugen, nicht voll und ganz zum Ausdruck kommen konnte.

Die letzten Jahre haben gezeigt, daß diese Organisation, die bis dahin mehr Handlungsansätze als konkrete Leistung zeigte, einem immer stärker erkennbaren Bedürfnis entsprach.

Das Hin und Her vor der Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Europa, die Diskussionen über die amerikanische Verteidigungsinitiative, die einige Verwirrung stifteten, und ganz zuletzt die jüngste Entwicklung des amerikanisch-sowjetischen Dialogs in Reykjavik sind in dreifacher Hinsicht eine Lehre.

Zunächst brauchen die Europäer eine eigene Organisation, die in der Lage ist, Erklärungen zu vermitteln, ihnen begreiflich zu machen, was auf dem Spiel steht, und ihnen somit die Möglichkeit einzuräumen, die für die Garantie unserer Sicherheit erforderlichen Entscheidungen gut informiert mitzutragen. Diese Organisation gibt es: Es ist die **WEU, die einzige europäische Organisation, die aufgrund eines Vertrages über Kompetenzen im Sicherheitsbereich verfügt**. Ihr besonderer Aufbau, der die Regierungen, die Parlamentarier und die Experten der Agenturen vereinigt, ermöglicht es, eine der Hauptschwächen in Westeuropa, wo man allzuoft eine Diskrepanz zwischen den Untersuchungen der Experten und dem Meinungsstreit beobachtet, zu überwinden. Nun ist es aber klar, daß sich die Regierungen auf eine realitätsbewußte Meinung stützen müssen, um den Herausforderungen der Sicherheit begegnen zu können. Dieses Ziel wird um so besser erreicht werden, weil die WEU in ihrem Aufgabenbereich ein unbestrittenes Vorbild sein wird. Ihre Tätigkeit dient dem Beweis dafür, daß die Verteidigungsfragen sich über die Spaltung in mehrere Lager hinwegsetzen können und müssen.

Die zweite Lehre: Der Aufbau Europas, der im Bereich der Wirtschaft weit vorangeschritten ist, steckt im Sicherheitsbereich noch in den allerersten Anfängen, denn hier erscheint Westeuropa zu oft als Spielball von Kräften, die ihm überlegen sind. Ein solcher Sachverhalt ist unannehmbar für alle, die beabsichtigen, an der Bekräftigung der europäischen Identität mitzuarbeiten.

Die letzte Lehre: Die Hoffnungen, aber auch — und vielleicht in noch stärkerem Maße — die Besorgnis, die durch den Gipfel von Reykjavik in unseren Ländern entstanden sind, machen ihnen die Erfordernisse ihrer eigenen Sicherheit stärker bewußt. Die Überzeugung, daß wir eine Schicksalsgemeinschaft sind, müßte unserer **Zusammenarbeit** auf allen Ebenen neue Impulse verleihen: In den bilateralen Beziehungen **zwischen den Mitgliedstaaten der WEU und denjenigen des atlantischen Bündnisses**.

Im Sicherheitsbereich sieht sich Europa Herausforderungen von noch nie dagewesener Tragweite und Intensität gegenüber, und der WEU kommt die sehr

wichtige Rolle zu, Europa bei der Annahme dieser Herausforderungen zu helfen.

Es handelt sich zunächst um die **Technologie**.

Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten unternehmen im Rahmen ihrer Möglichkeiten beachtliche finanzielle Anstrengungen auf dem Gebiet der Forschung und der Entwicklung neuer Waffensysteme.

In dieser Situation können die europäischen Länder nicht das Risiko eingehen, ihre Anstrengungen zu vermindern oder aufzusplittern.

Frankreich ist für seinen Teil entschlossen, weiterhin finanzielle Anstrengungen zu unternehmen, die ihm die Aufrechterhaltung einer modernen Verteidigung gestatten.

Aber es weiß auch, daß der schnelle technologische Fortschritt, die zunehmende Komplexität der modernen Rüstung sowie die ständig steigenden Kosten, die mit deren Entwicklung und Herstellung einhergehen, ein Zusammenwirken der Anstrengungen der Verbündeten erforderlich machen.

Es gilt also, vom Forschungsstadium bis zur Rüstungsproduktion jede Gelegenheit zur Zusammenarbeit zu ergreifen, die sich uns bietet.

Das zwischenstaatliche **EUREKA-Programm** und das gemeinsame wissenschaftliche und technologische Forschungsprogramm eröffnen eine vielversprechende Möglichkeit im zivilen Bereich.

Die Zusammenarbeit der Industriellen unserer Länder in Bereichen des Rüstungsmarkts, in denen sie gemeinsam oder allein eine technische Spitzenposition erworben haben, ist eine weitere, zwingende Notwendigkeit.

Die gemeinsame Einschätzung der rein militärischen Erfordernisse angesichts einer Bedrohung, die in vielerlei Hinsicht dieselbe ist, ist ebenfalls unentbehrlich, damit wichtige Vorhaben nicht durch Forderungen in Frage gestellt werden können, deren Materialbestimmung oder Rahmenplan zu einseitig gefaßt ist.

Aber wie das Zusammenwirken zwischen Experten, Generalstäben und führenden Industriellen auch immer aussehen mag, ohne das Engagement der Regierungen kann die Verwirklichung der europäischen Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor nicht vonstatten gehen.

In diesem Bereich hat die WEU neben einer weitreichenderen Einrichtung wie der **IEPG**, deren Hauptaufgabe in der Behandlung solcher Fragen besteht, ebenfalls eine besondere und wichtige Rolle zu spielen.

Es muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß alle wichtigen Vorhaben hinsichtlich einer **europäischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich** von Mitgliedstaaten der WEU ausgehen.

Zum anderen wird Ihrer Organisation aufgrund ihrer besonderen Strukturierung, sei es nun durch die Rolle der Parlamentarischen Versammlung oder die enge Einbeziehung der Außen- und Verteidigungsminister in die Arbeit des Rates, ganz offen-

sichtlich eine außergewöhnliche Fähigkeit verliehen, politische Impulse zu geben.

Wir müssen zu der beispielhaften Zeit der 60er Jahre zurückfinden, in der zahlreiche Vorhaben in Zusammenarbeit verwirklicht werden konnten.

Ein solches Ziel erfordert einfallsreiche Überlegungen über neue Formen der Zusammenarbeit, die sich die Kenntnisse des einen oder anderen Mitgliedstaates zunutze macht und nicht zwangsläufig jedes Mal zu Gemeinschaftsproduktionen führt, wenn eine kostensparende Truppenmodernisierung in unseren Ländern durch eine Politik des wechselseitigen Einkaufs ermöglicht werden kann.

Die französische Regierung ist sich der Tatsache in vollem Umfang bewußt, daß die sehr außergewöhnliche finanzielle Anstrengung, die sie vor kurzem im Rahmen des neuen Rüstungsbeschaffungsgesetzes beschlossen hat — das ich unmittelbar nach der Regierungsbildung realisieren wollte, und dessen Ziel die Festlegung einer wesentlichen Anstrengung im Verhältnis zu den Leistungen ist, die wir bisher im Dienste der Ausstattung unserer Truppen vollbracht haben — durch erfolgreiche Gespräche über die großen Rüstungsprogramme bereichert werden muß, die gemeinsam verwirklicht werden können: Panzer, Hubschrauber, Raketen der dritten Generation, Flugabwehr, sowie weitere Bereiche sind viele Möglichkeiten, durch die ein gemeinsamer politischer Wille jenseits der industriellen Erfordernisse bekräftigt werden muß.

Die andere große Herausforderung betrifft das strategische Gleichgewicht in der Welt; das **Gipfeltreffen von Reykjavik** im letzten Oktober scheint durch die Tragweite der vereinzelt gemachten Vorschläge die Grundlagen erschüttert zu haben, die uns zum Verständnis der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion dienen. Nachdem der erste Überraschungseffekt vorbei ist, haben nun die Europäer die an sie gerichteten fundamentalen Fragen zu beantworten.

Die erste dieser Fragen bezieht sich auf den möglichen Abzug amerikanischer Raketen mittlerer Reichweite in Europa.

Ihre Stationierung, die zunächst durch das Monopol der Sowjetunion in dieser Rüstungskategorie gerechtfertigt war, war gleichzeitig ein Symbol für die Stärkung der strategischen Kopplung zwischen den beiden Seiten des Atlantiks.

Wenn man die von den Sowjets erklärte Absicht, die meisten ihrer SS-20 abzugeben, nur begrüßen kann, so muß dennoch vermieden werden, daß der mögliche Abzug der amerikanischen Raketen eine Schwächung der Verbundenheit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten zur Folge hat.

Selbstverständlich wissen wir, daß das Engagement unserer amerikanischen Verbündeten vor allem eine politische Realität ist, die nicht nur von dieser oder jener Waffenkategorie abhängt, sondern ohne jeden Zweifel dem tiefen Interesse sowohl der Amerikaner selbst als auch der Europäer entspricht.

Dennoch ist es wichtig, daß ein mögliches Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der So-

wjetunion alle wünschenswerten Garantien in bezug auf die Überprüfung und die Raketen kürzerer Reichweite enthält, die den größten Teil Europas, vor allem vom Gebiet der sowjetischen Verbündeten aus, erreichen können. Geschieht dies nicht, könnte das Abkommen sogar zum Entstehen neuer Ungleichgewichte beitragen. Frankreich nimmt mit Befriedigung die beruhigenden Äußerungen zur Kenntnis, die die Premierministerin des Vereinigten Königreichs vor kurzem von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten in diesem wichtigen Punkt sowie auch in anderen Punkten erhielt.

Die **Nulllösung** darf in der Tat nicht als Selbstzweck betrachtet werden, sondern muß unter Berücksichtigung der verschiedenen Faktoren, die für die Sicherheit Westeuropas entscheidend sind, in umfassende Überlegungen einbezogen werden. Lassen wir uns jedoch von den spektakulären, aber dennoch unzureichenden Aussichten auf eine Einigung nicht dazu verleiten, vorschnell den Schluß zu ziehen, daß sich die Bedrohung plötzlich aufgelöst hat.

Wir können gar nicht oft genug darauf hinweisen, daß die Gefahr, die das gewaltige nukleare, konventionelle und chemische Waffenarsenal des Ostens für unsere Existenz darstellt, immer in ihrer Gesamtheit gesehen werden muß. Unter Berücksichtigung der der Sowjetunion eigenen Überlegenheit im Bereich der konventionellen und **chemischen Potentiale** auf dem europäischen Kontinent wird die Stationierung einer ausreichenden Zahl amerikanischer Atomwaffen in Westeuropa noch sehr lange für die Sicherheit erforderlich sein.

Was ist andererseits von den Vorschlägen zu halten, die auf die Reduzierung, ja sogar die Beseitigung der strategischen Waffen abzielen?

Wenn sich die beiden Großmächte zunächst auf eine wesentliche Reduzierung ihrer gegenwärtigen strategischen Waffenarsenale einigen könnten, deren Größe ganz offensichtlich weit über das unbedingt erforderliche Maß hinausgeht, würde Frankreich eine solche Entscheidung begrüßen. Dies würde einen noch nie dagewesenen Erfolg bedeuten, hat doch kein einziges vorangegangenes Abkommen jemals zu einer Verringerung der Zahl der Nuklearwaffen geführt, ganz im Gegenteil.

Diese einfache Feststellung legt den Gedanken nahe, daß ein übereiltes Vorgehen fehl am Platze wäre. Ein Abkommen von einer solchen Tragweite, wie es gerade in einem ersten Stadium von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion geplant wurde, sollte sich erst bewähren, bevor man vernünftigerweise weitere Schritte ins Auge fassen kann. Die Bedeutung, die die Vereinigten Staaten von jeher — zurecht — der Einhaltung und der Überprüfung der Abrüstungsvereinbarungen beigemessen haben, spricht für ein schrittweises Vorgehen, bei dem die Prioritäten klar gesetzt werden müssen.

Im übrigen zweifelt niemand im Bündnis daran, daß die Abschreckung in Europa und der Welt weiterhin nicht auf nukleare Streitkräfte verzichten kann und auf der Existenz einander ergänzender

Systeme beruht. In diesem Zusammenhang erscheint uns die Aufgabe der Raketen-bestückten U-Boote von ganz entscheidender Bedeutung, die durch ihre Unverwundbarkeit die Möglichkeit der flexiblen Antwort gewährleisten, ganz gleich, wie überraschend ein eventueller Angriff erfolgt.

Es eröffnet sich somit ein unendlich weites Feld für unsere Überlegungen.

Angesichts der Bedeutung dessen, was auf dem Spiel steht, wäre es bedauernswert, diese Überlegungen einzuschränken oder aus Angst davor zurückzuhalten, in die Debatten des Atlantischen Bündnisses oder die bilateralen Gespräche der Verbündeten untereinander einzugreifen.

Die WEU hat den Vorteil, Nationen zu vereinen, die — bei aller Wahrung ihrer Identität — beschlossen haben, langfristig keinen einzigen Aspekt des europäischen Baues auszuklammern.

Was das **atlantische Bündnis** anbelangt, so handelt es sich hier um ein Verteidigungsbündnis. Welcher Art diese Wertegemeinschaft auch immer sein mag, in dem Maße, wie es die Mitglieder der Westeuropäischen Union taten, haben sich seine Mitglieder nicht zu einer Einigung verpflichtet. Gerade eine solche langfristige Perspektive, zu der noch die Gewohnheit hinzukommt, sich seit dreißig Jahren über alle gefaßten Pläne zu verständigen, verleiht unserer Solidarität in diesem spezifisch europäischen Rahmen eine besondere Bedeutung.

Eine solche Verständigung kann nur zur Stärkung der allgemeinen Solidarität der Verbündeten untereinander beitragen.

Eine starkes, vereintes Europa, das die Eigenheit jedes einzelnen Mitgliedstaates respektiert, ist ein Garant für die Vitalität des Bündnisses und die Voraussetzung für ein gesundes und ausgewogenes Verhältnis zwischen den beiden Seiten des Atlantiks.

Es ist meine Überzeugung, und ich möchte diesem Punkt besonders hervorheben, daß das Atlantische Bündnis nicht von der Gefahr einer Zersplitterung, sondern vielmehr von dem zu Recht oder zu Unrecht bestehenden Gefühl bedroht wird, die wichtigsten Entscheidungen für die Sicherheit Europas könnten ohne seine tatsächliche Mitwirkung getroffen werden.

Die neuerlichen Entwicklungen des strategischen Dialogs zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bestärken mich in dieser Überzeugung, von der ich weiß, daß sie von allen europäischen Führern geteilt wird, mit denen ich in jüngster Zeit zusammentreffen konnte.

Bei so entscheidenden Fragen für unsere Zukunft muß die Westeuropäische Union eine größere Rolle spielen. Gewiß kann sich die Organisation auf unbestrittene Errungenschaften berufen. Die Erklärungen der Minister, die Berichte und Empfehlungen der Versammlung, die Arbeit der Experten bilden schon einen eindrucksvollen Gesamtrahmen und eine solide Basis für unsere weiteren Arbeiten.

Aber es scheint mir an der Zeit zu sein, dieser Aktivität den ihr noch fehlenden politischen Lebensgeist zu verleihen. Es ist die Aufgabe der Westeuropäischen Union, der tiefen Übereinstimmung, die bei unseren sieben Nationen im Hinblick auf die Probleme der Sicherheit herrscht, von nun an einen feierlichen Rahmen zu verleihen.

Warum sollten wir dies also nicht vor aller Augen bestätigen, indem wir eine **Charta der Sicherheitsprinzipien der Westeuropäischen Union** — so würde ich sie nennen — aufstellen?

Es herrscht in der Tat Einstimmigkeit über die wichtigsten Prinzipien, auf die ich nun hier hinweisen darf:

- die nukleare Abschreckung bleibt das einzige Mittel zur wirksamen Verhinderung eines Krieges in Europa. Es gibt in absehbarer Zeit keine Alternative. Die Entwicklungen, die hier aufgrund des technischen Fortschritts eine Rolle spielen könnten, müssen die Verstärkung der Abschreckung zum Ziel haben und dürfen sie keinesfalls in Frage stellen;
- die Bedrohung, die auf Westeuropa lastet, muß in ihrer Gesamtheit betrachtet werden: nukleare Waffen jeder Reichweite, Ungleichgewicht der konventionellen Streitkräfte, Ungleichgewicht der chemischen Waffen. Unter Berücksichtigung dieser Gesamtbedrohung müssen sowohl das Abschreckungspotential als auch die Abrüstungsbemühungen festgelegt werden;
- die Fortsetzung der Verteidigungsbemühungen von seiten der europäischen Staaten auf einer Ebene, die der Bedrohung entspricht, ist eine zwingende Notwendigkeit. Sie bildet ebenfalls die Voraussetzung für die politische Stärkung Europas. In diesem Zusammenhang ist die Unterstützung durch die unabhängigen **französischen und britischen Nuklearstreitkräfte** ein wesentlicher Faktor;
- die Abschreckung in Europa braucht die strategische Koppelung der beiden Seiten des Atlantiks. Diese wird durch die Stationierung amerikanischer konventioneller und atomarer Streitkräfte auf unserem Kontinent vollzogen;
- die Abrüstung muß sich das Ziel setzen, die Sicherheit durch realistische und nachprüfbare Abkommen auf einem niedrigeren Rüstungsstand zu verstärken.

Diese Aufzählung dient selbstverständlich nur als Anhaltspunkt. Ich bin überzeugt, daß uns bei eingehender Vertiefung der soeben von mir erwähnten Gedanken immer stärker auffallen wird, wie groß der Konsens der Europäer in diesen Angelegenheiten ist.

Wir werden uns ebenfalls auf die auf bilateraler Ebene erfolgten Überlegungen stützen können, worin natürlich die Gespräche mit unseren amerikanischen Verbündeten einbezogen sind, an denen Frankreich aktiv teilnimmt.

Die Charta, die ich eben erwähnt habe, würde unserer Zusammenarbeit eine neue Tragweite verleihen. So könnte unsere Öffentlichkeit die Hintergründe der im Verteidigungsbereich getroffenen nationalen oder gemeinsamen Entscheidungen besser beurteilen.

Ein solcher Schritt käme übrigens dem Atlantischen Bündnis zugute, wo unsere Überlegungen allzuoft nur vereinzelt zum Ausdruck kommen und eine solche Bekräftigung von beispielhaftem Wert sein könnte.

Unsere amerikanischen Verbündeten könnten sich ihrerseits bei ihren Verhandlungen mit der Sowjetunion auf einen sehr soliden Konsens der europäischen Länder über die wichtigen Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit stützen.

Schließlich würde sich die Sowjetunion besser der Realität eines westlichen Europas bewußt, das seine Einigkeit und Entschlossenheit auch im Verteidigungsbereich immer stärker bekräftigt.

Durch eine solche Bekräftigung ihrer tiefen Eintracht, die sie in derart lebenswichtigen Fragen verbindet, würden die sieben Mitglieder der Westeuropäischen Union einen Schritt vollziehen, dem sich weitere Länder auf Wunsch anschließen könnten: Ich denke dabei insbesondere an unsere Nachbarn der Iberischen Halbinsel, Spanien und Portugal.

Die **Westeuropäische Union** — und dies ist in meinen Augen ihre wichtigste Existenzberechtigung — **hat den Auftrag**, früher oder später einer der **Grundpfeiler beim Aufbau Europas** zu werden. Ihre **Erweiterung** läge somit genau auf der Linie der im Jahre 1984 beschlossenen Wiederbelebung.

Frankreich ist sich der juristischen und politischen Probleme bewußt, die für die Verwirklichung dieses Ziels zu lösen sind. Andererseits verlangt die Festigung des bisher bei der Wiederbelebung Erreichten von uns, daß wir nicht übereilt handeln.

Der politische Kurs muß jedoch vollkommen klar sein, und wir müssen alles tun, damit die Realität der Westeuropäischen Union eines Tages mit ihrem Namen übereinstimmt.

Wie ich soeben hier erklärt habe, ist Frankreich entschlossen, zur Bildung eines gemeinsamen Bewußtseins der Europäer in Verteidigungsangelegenheiten beizutragen. Dieses Bewußtsein würde überdies durch die Verantwortung, die einige unter uns außerhalb Europas tragen, sowie durch unsere Solidarität im Rahmen des Atlantischen Bündnisses noch erweitert.

Die Charta der großen Prinzipien unserer Sicherheit, die Frankreich heute sehnlichst herbeiwünscht, würde nicht nur einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte der WEU, sondern auch — und vielleicht vor allem — in der Verwirklichung des großen europäischen Gedankens ankündigen.

Eine solche Initiative würde klarer als je zuvor unseren Wunsch zum Ausdruck bringen, unsere Sicherheit viel stärker als jetzt auf eine aktive Solida-

rität zu gründen, die unseren Anstrengungen sowie der wahren Stellung entspricht, die Europa in der Welt einnimmt, und die ihm gebührt.

Dr. Müller (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Premierminister, in Europa ist es immer noch schwierig, mit Hilfe von Simultanübersetzungen zu gemeinsamen Ergebnissen zu kommen. Ich darf die Frage noch einmal stellen: Sind Sie der Meinung, daß **Art. 5 des revidierten Brüsseler Vertrags** weiterhin den Einsatz französischer Nuklearwaffen im Falle eines Angriffes auf ein Mitgliedsland der WEU garantiert?

Der zweite Teil meiner Frage lautete: Was halten Sie von den Äußerungen des Außenministers der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Genscher, zu Fragen der **Null-Lösung** bei Mittelstreckenwaffen und der Obergrenze des **SALT II-Abkommens**?

Premierminister Chirac antwortete, daß Frankreich vorbehaltlos zu seinen Verpflichtungen innerhalb der Allianz stehe; allerdings könne eine Rahmenvereinbarung nicht zu einem automatischen Nukleareinsatz führen, da die nukleare Abschreckung per definitionem eine gewisse Unsicherheit in sich berge. Der Premierminister unterstrich, daß die Sicherheit Frankreichs bereits an den Grenzen seiner Nachbarn bedroht werden könne. Fragen der Null-Lösung seien sehr sorgfältig zu prüfen, wobei der Zusammenhang aller Waffensysteme Beachtung finden müsse. Im übrigen befürworte er ein Verfahren zur Verringerung der strategischen Nuklearwaffen der USA und der Sowjetunion, was allerdings voraussetze, daß man sich an vereinbarte Obergrenzen halte.

Dr. Ahrens (SPD) (Original: französisch): Herr Premierminister, ich bin deutscher Parlamentarier, werde meine Frage aber auf französisch stellen, um Ihnen die Beantwortung zu erleichtern.

Herr Premierminister, könnten Sie präzisieren, unter welchen Voraussetzungen und in welchen Fällen die französischen Streitkräfte bereit wären, an der Seite ihrer Partner im atlantischen Bündnis einzugreifen, wenn im **Bereich des Nordatlantikpakt ein bewaffneter Konflikt** ausbrechen würde?

Premierminister Chirac wies darauf hin, daß Frankreich sich vertraglich verpflichtet habe und sich ohne Einschränkung solidarisch mit den Bündnispartnern erkläre. Frankreich sei sich darüber im klaren, daß die Sicherheit Europas ein Ganzes bilde und seine eigene Sicherheit auch von der seiner Nachbarn abhängе. Daher bemühe es sich um eine engere Verknüpfung in diesem Bereich.

Prof. Dr. Soell (SPD): — Herr Premierminister, ich knüpfe an Ihre Äußerung über die wachsende Komplexität moderner Rüstungen an und möchte Sie fragen, ob Ihre Regierung, nachdem Frankreich an den **Wiener Verhandlungen über konventionelle Truppenreduzierungen** bisher u. a. wegen des zu

engen geographischen Rahmens Kritik geübt hat, jetzt bereit ist, angesichts der Angebote des Warschauer Pakts, in einem geographisch sehr viel weiteren Rahmen — der soll sich nun vom Atlantik bis zum Ural erstrecken — zu verhandeln, eine aktive Rolle zu spielen, zumal dieser geographische Rahmen klassischen Forderungen Frankreichs aus den 60er Jahren, insbesondere der Forderung des Generals de Gaulle, entspricht.

Premierminister Chirac antwortete, daß er die KSZE als den geeigneten Rahmen für Abrüstungsverhandlungen im konventionellen Bereich betrachte. Man habe hier in relativ kurzer Zeit nicht unbedeutende Fortschritte erzielt. Darüber hinaus würde dieser Rahmen die Einbeziehung all der Länder ermöglichen, deren Sicherheit berührt sei. Er stelle allerdings fest, daß die Amerikaner gegen eine Fortsetzung entsprechender Verhandlungen auf KSZE-Ebene seien, während die europäischen Regierungen dies eher befürworteten.

Tagesordnungspunkt:

Die europäischen Hubschrauber der neunziger Jahre

(Drucksache 1077)

Berichterstatter:

Abg. Wilkinson (Vereinigtes Königreich)

(Themen: Zusammenarbeit der europäischen Hubschrauberindustrie; Konkurrenz durch die USA; Abstimmung der operativen Einsatzmöglichkeiten; Projekte in den Mitgliedsländern der WEU)

Empfehlung 440

betr. die europäischen Hubschrauber der neunziger Jahre

Die Versammlung

- (i) erkennt an, daß die westeuropäischen Streitkräfte das militärische Potential des Hubschraubers nicht voll ausschöpfen, vor allem, wenn man die Bedeutung bedenkt, die den Hubschraubereinsätzen von seiten der amerikanischen und sowjetischen Streitkräfte beigemessen wird;
- (ii) ist sich der Notwendigkeit bewußt, die operativen Doktrinen über den Einsatz von Hubschraubern in Westeuropa zu harmonisieren und der durch die Überlegenheit der Hubschrauber bei den Streitkräften des Warschauer Pakts gestellten Herausforderung wirksamer zu begegnen;
- (iii) betont die Notwendigkeit einer Abstimmung der Erfordernisse und der Zeitpläne für die Neuausstattung von Hubschraubern durch die NATO;
- (iv) ist sich der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Hubschrauberindustrie in Westeuropa und der geringen Bedeutung des europäischen zivilen Hubschraubermarktes im Vergleich zu dem der Vereinigten Staaten bewußt;
- (v) ist besorgt über die diesbezüglichen industriellen und technischen Vorteile, die die amerikanische Hubschrauberindustrie aufgrund der Kostendegression infolge Erweiterung des Produktionsmaßstabes genießt, die durch den breiten militärischen Markt für Hubschrauber in den Vereinigten Staaten zu erklären ist;
- (vi) bedauert, daß die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hubschrauber nicht erfolgreicher gewesen ist;

EMPFIEHLT DEM RAT

1. für die Zukunft der Hubschrauberindustrie in den Mitgliedstaaten der WEU eine Strategie zu vereinbaren, die auf der multinationalen Zusammenarbeit beruht,
2. im atlantischen Bündnis die Vorteile des Hubschraubers, wie Feuerkraft gegen Panzer, durch ihre Mobilität hervorgerufene Überraschungseffekte und operative Flexibilität mit Nachdruck hervorzuheben;
3. die für die Hubschrauberindustrie Westeuropas charakteristischen Probleme der Überkapazität, der Produktion von Militärhubschraubern in kleinen Serien und der geringen Rentabilität entschlossen in Angriff zu nehmen;
4. dafür zu sorgen, daß durch die IEPG ein Koordinationsprogramm erstellt wird, dabei jedoch die WEU-Versammlung über die Fortschritte zu unterrichten; die die Hubschrauber betreffenden Doktrinen und operativen Erfordernisse zu harmonisieren, mit dem Ziel, innerhalb des Bündnisses den gemeinsamen Erwerb von weniger Typen, dafür aber einer größeren Anzahl Hubschrauber insgesamt sicherzustellen;
5. der industriellen und technischen Herausforderung, die von den Vereinigten Staaten an die europäischen Hersteller von Hubschraubern gestellt wird, nicht mit einer Politik zu begegnen, die amerikanische Drehflugzeuge oder Investitionen ausschließt, sondern dadurch, daß man die Regierungen der WEU-Mitgliedsländer ermutigt, der europäischen Hubschrauberindustrie hinreichende Unterstützung in Form von Aufträgen zu gewähren;
6. mit der Versammlung zusammenzuarbeiten, um innerhalb der Mitgliedstaaten zu einer politischen Gesinnung zu gelangen, die der internationalen und besonders der europäischen Zusammenarbeit positiv und dem protektionistischen und engstirnigen nationalistischen Druck, der im Bereich der Hubschrauber sowie in anderen wichtigen Bereichen der Spitzentechnologie und der strategisch wichtigen Industrie ausgeübt wird, ablehnend gegenübersteht.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des luxemburgischen Verteidigungsministers Marc Fischbach

(Themen: Bedeutung und Konsequenzen des Treffens von Reykjavik für Europa; Wiederbelebung der WEU)

Dr. Ahrens (SPD): Herr Minister, Sie haben über die Sitzungen und Tagungen der Verteidigungsminister berichtet. Mich interessiert, über welche Themen Sie dort sprechen. Können Sie das etwas konkreter ausführen als in Ihrem Referat? Wie stellen sich die **Verteidigungsminister der WEU den Kontakt zur Versammlung** vor? Soll es zu einem Dialog der Verteidigungsminister auch mit der Versammlung kommen?

Verteidigungsminister Fischbach antwortete, sie seien im wesentlichen mit Fragen der militärischen Verteidigung befaßt, was ihrer Aufgabe auch einen politischen Charakter verleihe. Daneben würden auch aktuelle Themen wie das Treffen von Reykjavik und seine militärpolitischen Auswirkungen behandelt. Einen Schwerpunkt habe man gelegt auf die Bewertung der verschiedenen Formen der Bedrohung, die von außen auf die Mitgliedsländer der WEU einwirkten — ein ständiges Thema —, sowie auf die Prüfung der erforderlichen Gegenmaßnahmen. Was die Kontakte zur Versammlung betreffe, so sei dies ein Hauptanliegen. Man sei daran interessiert, den Parlamentariern bei jeder sich bietenden Gelegenheit die notwendigen Erläuterungen zu geben.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Staatsministers für das militärische Beschaffungswesen, Lord Trefgarne

(Themen: Einschätzung der Bedrohung durch den Warschauer Pakt; Lastenverteilung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten)

Dr. Ahrens (SPD): Herr Minister, ich darf vorausschicken, daß ich mit meiner Familie — auch mein Wahlkreis befindet sich dort — 100 km von der Grenze entfernt wohne. Deshalb werden Sie meine Frage vielleicht verstehen. Teilen Sie meine Auffassung, daß die Ausrüstung, die Gliederung und die Ausbildung der **Landstreitkräfte in Zentraleuropa** ihrem **Auftrage der Vorneverteidigung** nicht entsprechen? Genauer gefragt: Haben wir nicht ein Übergewicht an Panzerverbänden, die ja nur in der Tiefe des Raumes operieren können, und haben wir nicht eine empfindliche Schwäche bei Truppen, die wirklich in der Lage sind, eine wirksame Vorneverteidigung zu leisten, d. h. unmittelbar an der Grenze zum Warschauer Pakt?

Lord Trefgarne erwiderte, daß jeder militärische Plan einen Kompromiß darstelle; man versuche, das

Beste aus dem jeweils verfügbaren Potential zu machen. Er könne jedoch versichern, daß die Allianz nicht beabsichtige, im Falle eines Angriffes deutsches Gebiet aufzugeben. Im Gegenteil, man werde bis zum letzten Mann kämpfen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des italienischen Verteidigungsministers Giovanni Spadolini

(Themen: Treffen von Reykjavik und seine Folgen für Europa; Verteidigungszusammenarbeit; Rolle der WEU und der Versammlung; Pakt zur Bekämpfung des Terrorismus und der Mittelmeerraum; Charta für die europäische Sicherheit; Verhältnis zwischen den USA und Europa)

Kittelmann (CDU/CSU): — Herr Präsident, Herr Minister, was Ihre Bemerkung angeht, die Sie im Hinblick auf die Irritation — Sie haben das etwas zurückhaltender ausgedrückt —, die in Europa besteht, zu den Vereinigten Staaten gemacht haben: Was erwarten Sie in der Zukunft von den Vereinigten Staaten, wenn Europa die von uns allen geforderte **konventionelle Nachrüstung** nicht vollzieht?

Das zweite: Wie muß man das **Verhalten der Vereinigten Staaten**, ihre Reaktion **gegenüber Libyen** Ihrer Meinung nach heute einschätzen, nachdem mehr als ein halbes Jahr vergangen ist und man doch ein verändertes Verhalten des libyschen Staates, vor allen Dingen seines Präsidenten bzw. seines Obersten, wie er sich selber nennt, feststellen muß? Würden sie angesichts der Aufregung, die unmittelbar danach entstanden ist, sagen, daß man heute vielleicht größeres Verständnis für die amerikanische Reaktion feststellen kann;

Das dritte ist: Was muß Ihrer Auffassung nach für das Mittelmeer, für die Anliegerstaaten des Mittelmeers jetzt geschehen? Was kann nach Ihrer Einschätzung jetzt geschehen, um die **Südregion** zu stärken?

Verteidigungsminister Spadolini wies darauf hin, daß man von einer Null-Lösung noch weit entfernt sei. Im übrigen hoffe er, daß sich die europäischen Regierungen stärker der Tatsache bewußt würden, daß die konventionelle Nachrüstung erheblich mehr Kosten verursache als die Stationierung der amerikanischen Streifkräfte in Europa. Hinsichtlich des Eingreifens der USA in Libyen habe er nicht den Eindruck, daß dies die libysche Regierung oder Oberst Ghaddafi geschwächt habe. Er stelle fest, daß sich Probleme des internationalen Terrorismus nicht auf einzelne Staaten beschränken ließen, sondern in gegenseitiger Abhängigkeit stünden. Eine Gruppe zur militärischen Zusammenarbeit der Länder Frankreich, Italien und Spanien im Mittelmeer befände sich im Aufbau.

Dr. Ahrens (SPD): — Herr Minister, ich darf mich zunächst einmal für Ihre Rede bedanken. Ich glaube, Ihre Ansprache heute nachmittag hat wieder einmal bewiesen, daß Italien, daß das italienische Parlament und auch die italienische Regierung in besonderer Weise den gemeinsamen Interessen und den gemeinsamen Erfordernissen Europas Rechnung tragen, und zwar nicht nur in Grundsatz-erklärungen, sondern auch in der praktischen Politik. Dafür meinen herzlichen Dank.

Ich habe, Herr Minister, drei ganz kurze Fragen. Die erste Frage betrifft den **internationalen Terrorismus**. Ich weiß, daß er Ihr Land in besonderem Maße bedroht. Ich weiß auch, daß es Ihr persönliches Anliegen ist, diesen internationalen Terrorismus zu bekämpfen. Unsere Versammlung hat sich mit dieser Frage wiederholt beschäftigt. Wir haben in der Empfehlung 435 festgestellt, daß die Beschäftigung mit dem Problem der terroristischen Bedrohung zu den Angelegenheiten gehört, für die die WEU zuständig ist und mit deren Untersuchung die Agenturen der WEU beauftragt werden könnten. Herr Minister, ich frage Sie: Wie stehen Sie zu dieser Auffassung unserer Versammlung, und sehen Sie eine Möglichkeit, diese Auffassung im Kreise der Verteidigungsminister und letztlich auch im Rat der Außenminister durchzusetzen?

Meine zweite Frage steht mit dem Problem des internationalen Terrorismus in unmittelbarer Verbindung. Sie haben soeben selbst ausgeführt, Herr Minister — und ich teile diese Auffassung —, daß es einen engen Zusammenhang zwischen internationalem Waffenhandel und Terrorismus gibt. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den internationalen Waffenhandel zu beschränken, und würde sich Ihr Land, Bestrebungen anderer Länder zu einer **Begrenzung des internationalen Waffenhandels** anschließen?

Letztlich eine dritte Frage, Herr Minister. Ich frage Sie in Ihrer Eigenschaft als italienischer Verteidigungsminister: Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß Frankreich, das Vereinigte Königreich und die Bundesrepublik Deutschland eine **Arbeitsgruppe** gebildet haben, die sich mit der **Sicherheit in Europa** beschäftigen soll? Sind Sie nicht der Auffassung, daß für diese Fragen keine zusätzliche Arbeitsgruppe, sondern die WEU zuständig wäre?

Verteidigungsminister Spadolini antwortete, daß die WEU zwar einen politischen Anstoß für den Kampf gegen den Terrorismus geben, sich aber nicht mit den im einzelnen zu treffenden Maßnahmen befassen könne. Die italienische Regierung sei bereit, sich an gemeinsamen Aktionen gegen den Waffenhandel zu beteiligen. Allerdings sei die Kontrolle innerhalb eines Landes sehr schwierig, da es sich hier häufig um Dreiecksgeschäfte handele. Hinsichtlich der Arbeitsgruppe für Sicherheit in Europa sei zu sagen, daß die WEU zwar ein geeignetes Forum zur Erörterung von Abrüstungsfragen bilde; Vereinbarungen auf bilateraler Ebene hätte es aber schon immer gegeben, was sich auch als nützlich erwiesen habe.

Tagesordnungspunkt:

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

(Drucksache 1080)

Berichterstatter:

Abg. Terlezki (Vereinigtes Königreich)

Dr. Enders (SPD): — Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich gratuliere Herrn Terlezki recht herzlich zu seinem hervorragenden Bericht. Er hat einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis Europas und der WEU geleistet.

Man ist ja manchmal überrascht, wenn man während der politischen Arbeit die **Unkenntnis** sieht, die **in bezug auf europäische Gremien** besteht. Da wird der Europarat mit dem Europäischen Parlament verwechselt; da wissen die wenigsten, was die WEU überhaupt ist.

Wir in unserem Ausschuß leisten einen wesentlichen Beitrag dazu, diese Unkenntnis zu beheben, und ich möchte Frau Knight, unserer jetzigen Präsidentin, ein Kompliment dafür machen, daß sie neue Aktivitäten entwickelt hat. Wir haben die einzelnen Länder besucht, wir haben uns vor Ort informiert und haben auch wesentliche Erkenntnisse gewonnen. Sicher, die Resonanz war nicht immer so, wie wir es uns gewünscht haben, aber wir hoffen, daß das doch ein Beitrag dazu gewesen ist, daß wir in der Öffentlichkeit verstärkt und besser dargestellt werden.

Natürlich muß die WEU und müssen die Mitglieder dieser Hohen Versammlung die **notwendigen technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen** haben. Das lag bisher im argen, aber es sind wenigstens Ansätze da, und wir hoffen, daß eine verbesserte Situation erreicht wird.

Ob allerdings die jüngste Maßnahme, die wir als Parlamentarier hier erfahren haben, der Weisheit letzter Schluß ist, wird sich erst zeigen. Ich meine die Tatsache, daß wir neuerdings mit **Stimmkarten** in verschiedenen Farben abstimmen. Da die Farbe weiß sehr häufig vertreten ist und da die Stimmkarte ein Format hat, das auch sonst üblich ist, kann es manchem Parlamentarier so gehen, wie es mir passiert ist, als ich statt meiner weißen Stimmkarte die Einladung des französischen Außenministers zu dem gestrigen Empfang zückte und dadurch vielleicht nicht ganz korrekt an der Abstimmung teilnahm; aber vielleicht kann dieser mögliche Fehler noch korrigiert werden.

Hier wurde von bestimmten Schwierigkeiten gesprochen; mein langjähriger Freund Hill hat dazu vorgetragen. Wer hier stundenlang auf diesen unbequemen Sitzen gesessen hat und wer mehrfach diese gefährliche Treppe hinauf- und hinabgehen muß, der wird dafür eintreten, daß man bei den äußeren Bedingungen in diesem Raum Verbesserungen vornimmt. Vielleicht ist der jetzige Zustand auch ein Grund dafür, daß die Zahl der Kolleginnen und Kollegen hier im Plenum nicht so groß ist. Natürlich, manche müssen weg, sie haben Wahl-

kämpfe zu bestreiten oder andere Aufgaben wahrzunehmen; aber manche, die durchaus im Gebäude sind, ziehen andere, bequemere Orte den rohen Bänken in unserer Runde vor.

Sehr geehrter Herr Präsident, ich gehöre nun 15 Jahre diesem Hohen Hause an. Ich möchte meine Worte mit einem Abschiedsgruß an die hier Verbleibenden verbinden. In diesen eineinhalb Jahrzehnten habe ich viel Freude und viele schöne Erlebnisse gehabt, an die ich mich gern erinnere. Die Zusammenarbeit war loyal und erfolgte über die Parteigrenzen hinweg.

Wenn ich manchmal gefragt wurde, was der Euro-parat und die WEU denn bezweckten, so konnte ich antworten: Allein die Tatsache, daß Parlamentarier — hier aus sieben, im Euro-parat aus 21 Ländern — gemeinsam über Probleme sprechen, miteinander diskutieren, trägt dazu bei, das **Verständnis zwischen den Staaten** zu fördern, der Versöhnung zu dienen und die Friedensbereitschaft zu fördern.

Aber sollten wirklich noch Konfrontationen bestehen, sollten sie nicht aus der Welt geschafft worden sein, so möchte ich an das erinnern, was mein Parteifreund, der große Europäer Carlo Schmid einmal gesagt hat — er hat diesem Hohen Hause auch angehört: Manche Probleme werden besser am weißen Tisch als am grünen Tisch gelöst. Dazu gab es ja im Rahmen unserer Arbeit, in unseren Sitzungen manche Gelegenheit.

Wenn ich nun diese eineinhalb Jahrzehnte vor meinen Augen ablaufen lasse, so möchte ich in meinen Dank die Präsidenten, die die Versammlungen leiteten, sowie den gesamten Mitarbeiterstab einschließen. Dieser Mitarbeiterstab ist ja nicht gering, wie man sieht, wenn man sich die Runde vor uns betrachtet. Ebenfalls in meinen Dank möchte ich die Dolmetscherinnen und Dolmetscher einschließen, die ihre Arbeit in den engen Kabinen leisten. Mein Dank gilt den Administrationen der Staaten, die hier vertreten sind; sie haben uns manche Anregung gegeben.

Ich danke aber auch den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, die soviel zum Verständnis, zur gegenseitigen Freundschaft beigetragen haben.

Ich möchte mit dem Versprechen schließen, daß ich die Gedanken, die ich hier empfangen habe, weitergeben werde. Im Verständnis für das, was wir in der Vergangenheit geleistet haben, und angesichts der gemeinsamen Probleme, vor denen wir stehen, rufe ich Ihnen allen ein Wiedersehen zu.

Entschließung 75

betr. die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

Die Versammlung

- (i) begrüßt, daß die Reaktivierung der WEU in den Debatten einiger Mitgliedsparlamente häufig erwähnt wurde;

- (ii) vertritt jedoch die Überzeugung, daß sich in allen Mitgliedsparlamenten noch mehr Parlamentarier aktiv an solchen Debatten beteiligen sollten;
- (iii) begrüßt die von der britischen Regierung ergriffene Initiative, dem Parlament einen schriftlichen Bericht über die Aktivitäten des Rates der WEU und ihrer ministeriellen Organe vorzulegen;

FORDERT die nationalen Delegationen AUF

1. jede Gelegenheit zu ergreifen, in den parlamentarischen oder öffentlichen Debatten über Sicherheits- und Verteidigungsfragen die Rolle der WEU zu untersuchen;
2. die übrigen Regierungen der Mitgliedsländer zu ersuchen, dem Beispiel der Bundesrepublik Deutschland und des Vereinigten Königreichs zu folgen und ihrem Parlament regelmäßig schriftliche Berichte über die Aktivitäten der WEU vorzulegen;
3. sich bei ihren nationalen Parlamenten und Regierungen dafür einzusetzen, daß der Versammlung, in der der politische und demokratische Wille der Mitgliedsländer am unmittelbarsten zum Ausdruck kommt, die ihr gebührende zentrale und vorrangige Rolle zuerkannt wird;
4. bei den Regierungen der Mitgliedsländer weiterhin auf der Notwendigkeit zu bestehen, der Versammlung die finanziellen und technischen Mittel zu gewähren, die für eine wirksame Fortsetzung ihrer Aktivitäten in bezug auf die Beziehungen zur Öffentlichkeit unbedingt erforderlich sind.

Tagesordnungspunkt:

Die Entwicklung der Sowjetunion und die Ost-West-Beziehungen

(Drucksache 1079)

Berichterstatter:
Abg. Close (Belgien)

(Themen: Probleme der sowjetischen Innenpolitik; die sowjetische Außenpolitik; Treffen von Reykjavik; die Rolle Europas bei Verhandlungen zwischen den Supermächten; Zusammenwirken von nuklearer Abschreckung und konventioneller Verteidigung)

Empfehlung 441

betr. die Entwicklung der Sowjetunion und die Ost-West-Beziehungen

Die Versammlung

- (i) ist der Ansicht, daß die Sowjetunion vierzig Jahre lang konstant militärische Dislozierung in einem Umfang betrieben hat, für dessen Rechtfertigung die Erfordernisse zur Wahrung ihrer Sicherheit allein nicht ausreichen;

- (ii) ist der Ansicht, daß die im Namen der Entspannung ergriffenen Maßnahmen trotz der Schlußakte von Helsinki wieder eine Milderung der internen Diktatur in der UdSSR noch eine Verbesserung der Lage für die Volksdemokratien herbeigeführt haben;
- (iii) stellt fest, daß das Ausmaß der von der Sowjetunion zu Verteidigungszwecken aufgenommenen Kredite einer der Hauptgründe für die anhaltenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist und daß für jede wirkliche Veränderung in der Sowjetunion eine Einschränkung ihrer Anstrengungen im militärischen Bereich erforderlich ist;
- (iv) ist der Ansicht, daß die Notwendigkeit dieser Einschränkung den neuen sowjetischen Behörden bewußt zu sein scheint;
- (v) vertritt insbesondere die Auffassung, daß die Fortschritte, die von diesen Behörden im Bereich der öffentlichen Meinungsbildung in der Sowjetunion und im Ausland im Jahre 1986 erzielt worden sind, der Auftakt zu einer wichtigen Neuorientierung der sowjetischen Innenpolitik sowie der Außenbeziehungen dieses Landes sein können;
- (vi) ist der Ansicht, daß die sowjetische Regierung aufgrund der von ihr geäußerten Entschlossenheit, den Lebensstandard der Bewohner zu verbessern, veranlaßt werden müßte, sich um Vereinbarungen zu bemühen, durch die die Ausgaben im militärischen Bereich reduziert werden können;
- (vii) stellt fest, daß die höchsten sowjetischen Behörden tatsächlich seit dem 15. Januar 1986 viele Vorschläge gemacht haben, die zur Eröffnung ernsthafter Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung führen könnten;
- (viii) begrüßt insbesondere die Ergebnisse, die auf der Stockholmer Konferenz hinsichtlich der Verifikation der vertrauensbildenden Maßnahmen erreicht wurden;
- (ix) bedauert jedoch, daß die Reden der führenden sowjetischen Persönlichkeiten nicht immer zu wirksamen Konzessionen bei den internationalen Verhandlungen geführt haben;
- (x) bedauert, daß das Treffen in Reykjavik es nicht ermöglicht hat, die Grundlagen für diese Verhandlungen zu schaffen, hofft jedoch, daß es zumindest eine wesentliche Annäherung der Standpunkte gebracht hat, die in absehbarer Zukunft eine Einigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über den Gegenstand sinnvoller Verhandlungen herbeiführen könnte, wobei der gegenwärtigen Strategie Rechnung getragen würde, deren Grundlage in jeder Hinsicht die Abschreckung ist;
- (xi) verweist darauf, daß die Sicherheit des Westens durch ein relatives Gleichgewicht der Streitkräfte in allen Bereichen gewährleistet wird, das auf ein Minimum reduziert werden sollte, und darauf, daß dieses Gleichgewicht gegenwärtig in Europa im konventionellen Bereich, insbesondere dem der chemischen Waffen, nicht gegeben ist, wo die Sowjetunion nahezu eine Monopolstellung einnimmt;
- (xii) hält es für wesentlich, daß die westeuropäischen Länder ihre Ansichten über die Frage der Rüstungsbegrenzung harmonisieren und ihre amerikanischen Partner davon in Kenntnis setzen;
- (xiii) ist der Ansicht, daß der Rat der WEU in diesem Bereich eine entscheidende Rolle zu spielen hat, und begrüßt, daß er eine seiner neuen Agenturen mit der Aufgabe betraut hat, die sowjetischen Vorschläge zu untersuchen;
- (xiv) ist der Ansicht, daß die Erfordernisse der europäischen Sicherheit für jede Art von Beziehungen zwischen dem Westen und der Sowjetunion richtungsweisend sein müssen;

EMPFIEHLT DEM RAT

1. die Entwicklung seiner Konsultationen und Arbeiten dringend darauf auszurichten, daß er zu einer Definition der europäischen Positionen in den Bereichen Abrüstung und Rüstungsbegrenzung gelangt, so wie er dies in bezug auf die Strategische Verteidigungsinitiative getan hat;
2. diese Positionen seinem amerikanischen Verbündeten vor Eröffnung der Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung mitzuteilen;
3. in ähnlicher Weise eine Untersuchung über die von der Sowjetunion unternommenen Versuche vorzunehmen, den von ihr als anti-imperialistisch bezeichneten Kampf in die Länder der Dritten Welt zu verlagern;
4. sich um ein Abkommen zwischen allen westlichen Ländern zu bemühen, wodurch verhindert werden soll, daß es der Sowjetunion durch einen unangemessenen Wettbewerb weiterhin ermöglicht wird, den Westen dazu zu veranlassen, zur Entwicklung ihrer militärischen Anstrengungen beizutragen, auch wenn dies nur indirekt der Fall ist;
5. die Mitgliedsländer zu ersuchen, ihre Bemühungen zur Sicherung eines Gleichgewichts der konventionellen Streitkräfte in Europa zu verstärken, um ein Abkommen über die Reduzierung der Euromissiles zu erleichtern, ohne daß dabei die Sicherheit Europas gefährdet wird, wie es gegenwärtig durch die Stationierung der sowjetischen Euro-Kurzstreckensysteme, einschließlich der SS 21, 23 und 24, der Fall ist;
6. jede Anstrengung zu unternehmen, damit die zur Zeit in Genf laufenden Verhandlungen schnell zu einem Abkommen über ein weltweites und verifizierbares Verbot von chemischen Waffen führen.

Anhang

Rede des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen W. Möllemann, vor dem Plenum der 32. ordentlichen Sitzung der WEU-Versammlung am 1. Dezember 1986 in Paris

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Gelegenheit, heute wieder vor dieser Versammlung zu sprechen. Meine Rede vor Ihnen soll das große Engagement ausdrücken, mit dem der Bundeskanzler, der Bundesaußenminister und der Bundesverteidigungsminister sich zusammen mit ihren westeuropäischen Partnern um die Definition der sicherheitspolitischen Interessen Europas bemühen.

Die Bundesregierung weiß sehr genau, daß alle Anstrengungen der Exekutiven nur Erfolg haben können, wenn sie von den Parlamenten getragen und der Öffentlichkeit Europas unterstützt werden.

Es geht darum, der Politik der Integration Europas die sicherheitspolitische Dimension zu geben, ohne die keine Europa-Politik, die dem Ziel der Europäischen Union verpflichtet ist, glaubwürdig sein kann.

Die Debatten dieser Versammlung und die zunehmende Beteiligung der Regierungen an diesen Debatten sind ein Zeichen dafür, daß wir auf dem Weg der Belebung der WEU seit den Beschlüssen von Rom vorangekommen sind.

Die deutsch-französische Freundschaft hat — wie überall in der Europapolitik — dabei eine entscheidende Rolle gespielt. Die morgige Rede von Premierminister Chirac — da bin ich sicher — wird dies erneut unterstreichen.

Die Bundesregierung ist zuversichtlich, daß die Notwendigkeit der Harmonisierung der Sicherheitspolitik der Westeuropäer immer mehr anerkannt wird.

Worum geht es? Die Bundesregierung hat ihr Engagement für die Belebung der WEU immer mit der Notwendigkeit begründet, die europäische Säule des Atlantischen Bündnisses zu konsolidieren. Sie wissen alle, das Bild von den zwei Säulen, die das Atlantische Bündnis tragen, stammt von Präsident Kennedy. Er gebrauchte es schon 1962 in seiner Rede in Philadelphia. Dieses Bild steht in der Tradition der amerikanischen Politik der Nachkriegszeit, die sich in der Grundrichtung unverändert bis in die Gegenwart fortsetzt. Die USA haben die Einigung Europas immer unterstützt und gefördert, weil sie wissen, daß diese Einigung der beste Weg ist und bleibt, um die Kräfte Europas zusammenzu-

fassen und zu stärken. Präsident Reagan hat in seiner denkwürdigen Rede im Mai 1985 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg das fortdauernde Bekenntnis der USA zur europäischen Einigung mit den Worten bekräftigt:

„Ich stehe heute hier, um Ihnen zu versichern, daß Amerika, wie vor 40 Jahren, der Einheit Europas verschrieben bleibt. Wir betrachten ein starkes Europa auch weiterhin nicht als einen Rivalen, sondern als einen um so stärkeren Partner. Diese Politik betrachtet die neue und die alte Welt als Doppelsäulen einer weitgefaßten demokratischen Gemeinschaft.“

Die Integration Europas ist der beste Weg zur Selbstbehauptung Westeuropas in einer nach wie vor durch den Gegensatz zwischen Ost und West bestimmten Weltlage. Sie ist der einzige Weg, Europa seinen Platz in der Welt von morgen zu sichern. Europa muß sich seiner Verantwortung für die eigene Zukunft und für den Frieden in der Welt stellen.

Die Sicherheit Europas ist ohne das Atlantische Bündnis nicht zu gewährleisten. Die bewährte Partnerschaft in diesem Bündnis muß dauerhaft lebenskräftig gehalten werden. Dazu muß in Zukunft noch deutlicher werden, daß die Bündnispartner ihre Politik auf der Basis der Gemeinsamkeit fundamentaler Sicherheitsinteressen formulieren.

Der Konsultationsprozeß, in dem die tägliche Partnerschaft im Bündnis seinen Ausdruck findet, muß ausgewogen gestaltet und noch sichtbarer werden. Die amerikanische und die europäische Öffentlichkeit müssen erkennen können, daß Nordamerikaner und Europäer im Bündnis die westliche Position in den operativen Fragen der Sicherheitspolitik gemeinsam festlegen.

Notwendig ist die Sichtbarkeit der atlantischen Partnerschaft, damit in Amerika die Leistungen der Europäer gewürdigt werden, und damit in Europa die fundamentale Solidarität Nordamerikas mit seiner Sicherheit deutlich bleibt.

Die Belebung der WEU verschafft der europäischen Integrationspolitik die notwendige sicherheitspolitische Dimension.

Die Harmonisierung der sicherheitspolitischen Positionen der Mitgliedstaaten der WEU ist darüber hinaus das Instrument zur Stärkung des Beitrages Europas in der atlantischen Partnerschaft. Sie stärkt die Fähigkeit Europas zu echter Partnerschaft im Bündnis und damit das Bündnis selbst.

Dies haben die Beratungen der Außen- und Verteidigungsminister in Luxemburg am 13. und 14. November dieses Jahres sehr deutlich gemacht.

Der Bericht der Präsidentschaft hat zu Recht hervorgehoben: in Luxemburg hat es einen tiefgreifen-

den und fruchtbaren Meinungsaustausch über die gegenwärtige Lage in den Ost-West-Beziehungen gegeben. Vor allem aber wurde ein sehr weitgehender Konsens in wichtigen Grundfragen der Sicherheitspolitik und Strategie sowie der West-Ost-Beziehungen und der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik erzielt. Er wird in die Beratungen des Bündnisses auf den bevorstehenden Tagungen der Verteidigungs- und der Außenminister der NATO einfließen.

Es waren in Luxemburg vor allem die folgenden Prinzipien, die sich aus der Erörterung der Minister ergaben:

- wesentliches Ziel der westlichen Sicherheitspolitik muß sein, jede Art von Krieg — sowohl den nuklearen wie den konventionellen — zu verhindern;
- die Strategie der Abschreckung behält auch in der Zukunft ihre Bedeutung für die Sicherheit Europas; diese Strategie gewährleistet die unverzichtbare Koppelung der Sicherheit Europas mit der der Vereinigten Staaten;
- die Glaubwürdigkeit der Strategie kann angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen West und Ost nur gewährleistet werden durch ein Kontinuum der Abschreckung, in das die konventionellen und die nuklearen Streitkräfte aller Bündnispartner eingebunden sind;
- das Bemühen um Rüstungskontrolle und Abrüstung, das auf ein niedrigeres und ausgewogeneres Streitkräfteniveau abzielt, ist integraler Bestandteil der westlichen Sicherheitspolitik. Rüstungskontrollvereinbarungen müssen die Sicherheit erhöhen, sie müssen verifizierbar sein;
- Fortschritte in einem Bereich der Rüstungskontrolle dürfen nicht zur Geisel von Fortschritten in anderen, sachlich damit nicht zusammenhängenden Bereichen werden. Die Mitgliedstaaten der WEU sind sich in der Ablehnung des von der Sowjetunion wiederhergestellten Junktims zwischen den INF-Verhandlungen und SDI einig;
- in der Perspektive von Fortschritten bei der nuklearen Abrüstung kommt der Herstellung konventioneller Stabilität eine noch größere Bedeutung und Dringlichkeit zu. Gleichzeitig wird die weltweite völlige Eliminierung der chemischen Waffen noch dringender;
- durch die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite in Europa wird es noch notwendiger als bisher, in Anschlußverhandlungen die Beseitigung der Ungleichgewichte bei den Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite in Angriff zu nehmen mit dem Ziel gleicher Obergrenzen auf niedrigerem Niveau.

Meine Damen und Herren,

die WEU-Partner haben sich in Luxemburg der Aufgabe gestellt, die nach Reykjavik zu bewältigen ist. Der Bundeskanzler hat diese Aufgabe vor dem

Deutschen Bundestag am 6. November 1986 beschrieben: Für die Europäer könne kein Zweifel darüber bestehen, daß so drastische Verringerungen von Nuklearwaffen innerhalb einer vergleichsweise kurzen Zeitspanne, wie sie in Reykjavik diskutiert worden seien, zu einer beträchtlichen Veränderung des strategischen Verhältnisses zwischen Ost und West führen würden.

Reykjavik hat für die Genfer Verhandlungen eine Ausgangsbasis geschaffen, auf der Fortschritte in allen drei Verhandlungsbereichen erzielt werden können. Inzwischen haben beide Seiten auf der Basis der in Reykjavik erzielten Annäherungen neue Vorschläge zu Mittelstreckenwaffen, strategischen Waffen und zur Weltraumproblematik unterbreitet. Es wird nun darauf ankommen, daß am Genfer Verhandlungstisch in konkrete Vereinbarungen umgesetzt wird, was in Reykjavik in Aussicht genommen worden ist.

Die Gespräche von Reykjavik haben einen neuen Ansatz im Bemühen der beiden Großmächte gezeigt, ihre Beziehungen zueinander in einem, in dem zentralen Bereich der Sicherheitspolitik konstruktiver zu gestalten. Das ist aus unserer Sicht das Entscheidende an der Reykjaviker Begegnung. Die Bundesregierung ist davon überzeugt, daß niemand zurück kann in die Zeit vor Reykjavik. Es ist notwendig, die neuen Ansätze eingehend auf ihre Implikationen zu durchdenken. Es ist zu begrüßen, daß Reykjavik diesen Prozeß ausgelöst hat. Wir müssen gemeinsam als Europäer den Beitrag dazu leisten, daß er in die richtige Richtung entwickelt wird. Folgende Aussagen sind aus der Sicht der Bundesregierung heute schon möglich: Wir haben ein vorrangiges Interesse an einer Vereinbarung über nukleare Mittelstreckenwaffen. Die vorgeschlagene Null-Lösung in Europa für Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite bei gleichzeitiger Reduzierung auf 100 Sprengköpfe außerhalb Europas wird von der Bundesregierung begrüßt. Es ist gleichzeitig ein europäisches Interesse und ein Interesse des Bündnisses, die Entstehung einer neuen Grauzone zu vermeiden. Die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite können deshalb nicht außerhalb der Rüstungskontrollverhandlungen bleiben. Aus der Notwendigkeit sicherheitspolitischer Stabilität folgt, daß Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite in einem INF-Abkommen Beschränkungen unterworfen werden und daß Flugkörper im Reichweitenband von 150 bis 1 000 km in Folgeverhandlungen einbezogen werden. Es geht uns darum, daß ein INF-Abkommen eine konkrete Verpflichtung zur baldigen Weiterverhandlung enthält mit dem Ziel, auch diese Waffen auf gleiche Obergrenzen auf niedrigerem Niveau zu reduzieren. Damit eine solche Vereinbarung in Kürze erreicht werden kann, ist wichtig, daß die Sowjetunion das sachfremde Junktim aufhebt, das sie zu SDI herstellt hat. Eine Politik des Alles oder Nichts verhindert jeden Fortschritt. Es wäre ein großer Fortschritt für die ganze Menschheit, wenn durch die vorgesehene Einigung die Sowjetunion verpflichtet wird, von ihren gegenwärtig 1 435 Gefechtsköpfen 1 335 zu verschrotten.

Wir halten es, wie auch in Luxemburg festgestellt wurde, für wichtig, sich auf das Naheliegende und das Machbare zu konzentrieren: das ist neben der beschriebenen Einigung über den drastischen Abbau von Mittelstreckenflugkörpern die Halbierung der strategischen Potentiale beider Seiten.

In diesem Zusammenhang ist von ganz besonderer Bedeutung, daß die Sowjetunion ihre in Reykjavik bekundete Bereitschaft in Genf bestätigt hat, die Zahl ihrer schweren Interkontinentalraketen (SS 18) zu halbieren. Sie wissen alle, welch großes Problem die Behandlung dieser schweren Interkontinentalraketen in den Verhandlungen der beiden Großmächte seit langem dargestellt hat.

Vor diesem Hintergrund der Verhandlungen in Genf möchte ich feststellen, daß die Bundesregierung der Einhaltung der SALT-II-Obergrenzen durch beide Seiten große Bedeutung zumißt, weil sie einen Rahmen für das strategische Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bilden. Mit unseren Bündnispartnern sehen wir das vordringliche Ziel in drastischen Reduzierungen der nuklearen Offensivpotentiale der beiden Großmächte. Absprachen über einen einschneidenden Abbau der atomaren Potentiale, wie die von beiden Seiten in Reykjavik in Aussicht genommene 50%ige Reduzierung der strategischen Waffen, werden die Frage nach der Weiterbeachtung der SALT-Obergrenzen gegenstandslos machen.

Die Minister haben in Luxemburg auch sehr eingehend die Wechselwirkung erörtert, die im Verbund der Abschreckung insgesamt bestehen und die deutlicher werden, wenn Reduzierungen einzelner Kategorien nuklearer Waffen in Aussicht genommen werden. Die kriegsverhindernde Abschreckung beruht auf der sogenannten Triade, deren Elemente nicht ohne weiteres austauschbar sind. Andererseits liegt seit den Nachkriegsjahren der Kern der europäischen Sicherheitsproblematik in der andauernden konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts.

Besonders destabilisierend wirkt die Invasionsfähigkeit seiner weit vorne stationierten Kräfte. Für uns Europäer kommt es darauf an, daß auch künftig jeder Krieg — ob mit konventionellen oder mit nuklearen Waffen geführt — verhindert werden muß. Auch ein Krieg, der heute in Europa mit konventionellen Waffen ausgetragen würde, wäre um ein vielfaches schrecklicher als der 2. Weltkrieg.

Die Trennlinie läuft für uns nicht zwischen nuklearen und konventionellem Krieg, sie läuft zwischen Krieg und Frieden. Deshalb halten wir den Luxemburger Konsens für so wichtig, der auch künftig die Verbindung von konventionellen und nuklearen Kräften aller Bündnispartner als wesentlich bezeichnet. Gleichzeitig räumen wir aber den Bemühungen um einen Abbau bestehender konventioneller Instabilitäten überragende Bedeutung ein: nach den Außenministerbeschlüssen von Halifax ist das Ziel, Stabilität und Sicherheit in ganz Europa durch mehr Offenheit und die Herstellung eines überprüfbaren und stabilen Gleichgewichts konventioneller Streitkräfte auf niedrigerem Niveau zu stärken.

Der Warschauer Pakt hat auf das Signal der NATO in Halifax durch seine Erklärung von Budapest grundsätzlich positiv reagiert. In Stockholm konnten bei der KVAE positive Ergebnisse erzielt werden. Sie bilden eine gute Grundlage, um in der konventionellen Rüstungskontrolle weiter voranzuschreiten. Die von den Außenministern in Halifax eingesetzte hochrangige Expertengruppe wird auf der kommenden Tagung der NATO-Außenminister ihren Bericht vorlegen. Das Bündnis erhält damit eine Basis, um Vorschläge für weitere Schritte in der konventionellen Rüstungskontrolle zu machen. Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang mehrfach klar gemacht, daß für sie eine Teilnahme aller Bündnispartner an solchen Verhandlungen unverzichtbar ist.

Fortschritte in der nuklearen Rüstungskontrolle geben jedoch auch den Verhandlungen über ein weltweites völliges Verbot von C-Waffen in der Genfer Abrüstungskonferenz eine noch größere Bedeutung. Die Bundesregierung ist davon überzeugt, daß bei diesen Verhandlungen ein Erfolg in greifbarer Nähe liegt. Es kommt jetzt auf eine baldige Einigung in der zentralen Frage der Verifikation an.

Die Sowjetunion sollte ihre Ankündigungen nun in praktische Vorschläge umsetzen. Wir sind bereit, an Lösungen mitzuarbeiten, die sowohl der Notwendigkeit einer stringenten Verifikation des Abkommens wie auch den berechtigten Schutzinteressen der beteiligten Staaten Rechnung tragen.

Nach den Gesprächen von Reykjavik haben sich auch die Aussichten verbessert, auf dem Wege zur schrittweisen Lösung des nuklearen Teststopps voranzukommen. Dabei darf natürlich nicht darüber hinweggesehen werden, daß ein Teststopp kein Ersatz für eine substantielle Reduzierung vorhandener nuklearer Waffenarsenale sein kann. Eine schrittweise Verwirklichung eines verläßlich verifizierbaren umfassenden nuklearen Teststopps würde aber zur Erhöhung der strategischen Stabilität beitragen.

Die zuverlässige Verifikation eines Teststopps bleibt Grundvoraussetzung jeder Vereinbarung. Eine solche Verifikation bereitet zwar nicht unerhebliche wissenschaftliche und technische Probleme. Jedoch scheint es dafür heute Lösungen zu geben. Einen wichtigen Beitrag hierzu könnte ein weltweites seismologisches Überwachungssystem leisten, dessen schrittweisen Ausbau die Bundesregierung 1985 in der Genfer Abrüstungskonferenz vorgeschlagen hat.

Die Aussicht auf substantielle Fortschritte auf eine friedliche und sichere Welt mit weniger Waffen besteht zu einem Zeitpunkt, zu dem sich in Wien die 35 Teilnehmerstaaten zum KSZE-Folgetreffen zusammengefunden haben. In Wien wurde erneut deutlich, daß die KSZE einen Rahmen darstellt und einen Fahrplan bietet für einen Prozeß dynamischer Entwicklung, der auf Schaffung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa gerichtet ist.

In Wien stehen wir vor der Aufgabe, eine offene und sachliche Aussprache über den Stand der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki und des abschließenden Dokuments von Madrid zu führen wie auch weiterführende Vorschläge zu diskutieren und womöglich zu beschließen.

Der Prozeß, der sich seit Helsinki entwickelt hat, bestätigt, daß die sicherheitspolitischen Probleme nicht isoliert gelöst werden können. Sie hängen eng mit der Förderung politischer, humanitärer, wirtschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit und der Schaffung von Vertrauen zusammen. Der KSZE-Prozeß dient dem großen Ziel, langfristig die Teilung Europas und damit auch die Teilung unseres Landes zu überwinden. Dieser Prozeß soll es uns ermöglichen, die machtpolitische Polarisierung Europas allmählich abzubauen.

Eine wesentliche Aufgabe hierfür leistet die WEU. Ihre Belebung, die die atlantische Partnerschaft stärkt, macht auch deutlich, daß Versuche, die Europäer von den USA zu trennen und Keile zwischen die europäischen Staaten untereinander zu treiben, keine Aussicht auf Erfolg haben.

Es gilt, die Politik der Zusammenfassung der Kräfte Westeuropas, die wir seit Jahrzehnten wünschen, energisch fortzusetzen. Damit werden die Voraussetzungen dafür verbessert, daß sich nicht nur die Form der sowjetischen Politik modernen Gegebenheiten anpaßt, sondern die Sowjetunion auch den Inhalt ihrer Politik so gestaltet, daß ein Interessenausgleich in den anstehenden Fragen der

Sicherheitspolitik zwischen Ost und West tatsächlich erreicht werden kann.

Die Beratungen von Luxemburg über die Gespräche von Reykjavik haben gezeigt: die Staaten der WEU sind den USA in einer fundamentalen Solidarität der sicherheitspolitischen Interessen verbunden. Damit verbessern wir auch entscheidend die Voraussetzungen dafür, daß unsere Bemühungen um Schaffung einer stabilen Friedensordnung in Europa Fortschritte bewirken.

Herr Präsident,

wir sind seit den Beschlüssen von Rom vor 2 Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Wenn es die WEU nicht gegeben hätte: wir hätten sie in der gegenwärtigen Lage erfinden müssen. Wir dürfen nicht die Arbeit unterschätzen, die vor uns liegt, aber die Richtung ist klar: wir kennen aus gemeinsamer Analyse die Schritte, die zur Gewährleistung der Sicherheit Westeuropas und der Vitalität des Atlantischen Bündnisses notwendig sind. Besondere Bedeutung kommt der WEU im Blick auf die Bemühungen um mehr Stabilität im konventionellen Bereich in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural zu. Die Bundesregierung dankt der Parlamentarischen Versammlung dafür, daß sie die Bemühungen der Regierungen aktiv — und gelegentlich kritisch — begleitet. Es ist wahr: unsere Völker wünschen schnelleren Fortschritt. Ich bin überzeugt, daß die Wechselwirkung des lebendigen Gespräches zwischen Rat und Versammlung uns bei der gemeinsamen Aufgabe weiter vorwärts bringen wird.

